Nr. 47. ✦ 27. Jahrgang. Berlin, 22. November 1919.

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis 2,50 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 1,50 Mk. Arbeitervermittlungen 75 Pf. Verbandsanzeigen 50 Pf.

Gewerkschaften und politische Parteien.

Die Frage, ob die Gewerkschaften innerlich gesund sind, läßt sich weder mit einem glatten Ja noch mit einem Nein beantworten. Der gewaltige, ununterbrochene Zustrom neuer Mitglieder deutet darauf hin, daß ihnen die Massen Vertrauen entgegenbringen. Natürlich fehlt es diesem Zustrom noch an der erforderlichen gewerkschaftlichen Schulung, die nur das Ergebnis längerer, fleißiger Aufklärungsarbeit sein kann. Wenn man in diesem Sinne sagen will, daß die Gewerkschaften nicht auf der gleichen Höhe ständen wie früher, dann kann man das allenfalls verstehen. Aber dieser Mangel läßt sich verhältnismäßig leicht beseitigen. Bei ruhiger Fortentwicklung wird auch der ins riesenhafte gewachsene Gewerkschaftskörper bald die Festigkeit und innere Geschlossenheit erlangen, welche die Gewerkschaften früher auszeichneten. Dabei kommt weiter in Betracht, daß die Gewerkschaften, wie jeder gesunde Körper, in steter Umbildung begriffen sind. In ihrem Aufbau, ihrer Verfassung, ihren inneren Einrichtungen und ihren Methoden unterliegen sie einem ständigen Wechsel. Das starre Festhalten an einem gegebenen Zustand wäre gleichbedeutend mit dem Beginn ihres Verfalls.

Um die Gewerkschaften tüchtig zu erhalten für die Erfüllung ihrer Aufgaben, müssen wir ihre Tätigkeit und ihre Leistungen fortgesetzt prüfen. Diese Selbstkritik ist eine notwendige Voraussetzung für die Gesunderhaltung des Gewerkschaftskörpers. Etwas ganz anderes als diese unablässige Selbstprüfung, diese Kritik, die den Zweck verfolgt, die Gewerkschaften im Sinne der von ihnen verfolgten Bestrebungen leistungsfähig zu erhalten, sind die in neuerer Zeit von den verschiedensten Stellen unternommenen Versuche, die Gewerkschaften umzugestalten, um sie fremden Zwecken dienstbar zu machen. Unabhängige und Kommunisten wetteifern miteinander, die Gewerkschaften zu Stützpunkten für ihre politische Aktionen zu machen. Die Wege, die eingeschlagen werden, um dieses Ziel zu erreichen, weisen große Unterschiede auf, das Ergebnis wäre aber, falls diesen Bemühungen Erfolg beschieden wäre, in jedem Falle das gleiche: Die Gewerkschaften würden unfähig, ihre eigentlichen Aufgaben zu erfüllen.

An der Wiege der gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland hat die Sozialdemokratie gestanden. Die Gewerkschaften wurden ins Leben gerufen in der Erkenntnis, daß zur Erringung der politischen Ziele des Proletariats die organisatorische Zusammenfassung der Kräfte notwendig ist. Der Masse liegt die unmittelbare Besserung der wirtschaftlichen Lage des einzelnen viel näher als die Begeisterung für fernliegende politische Ziele. Auf die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen im engsten Sinne des Wortes war die ursprüngliche Tätigkeit der Gewerkschaften gerichtet. Im wirtschaftlichen Kampf erkannten die Arbeiter, daß ihnen die engen Ziele der Gewerkschaften nicht genügen, daß die gewerkschaftliche Betätigung durch den politischen Kampf unterstützt werden müsse, um Erfolge von dauerndem Wert zu erlangen. In diesem Sinne waren die Gewerkschaften ursprünglich die Rekrutenschulen für die Sozialdemokratische Partei. Diese Funktion erfüllten sie in ihrer Jugendzeit um so mehr, als sie infolge ihrer numerischen Schwäche auf ihrem eigentlichen Tätigkeitsgebiet nur geringe Erfolge zu erzielen vermochten.

Hand in Hand mit dem Wachstum der Gewerkschaften gingen ihre Bestrebungen, sich von dem Gängelband der Sozialdemokratischen Partei zu befreien. Hier wurden diese Selbständigkeitsbestrebungen zunächst sehr ungern gesehen. Man konnte sich aber mit der Zeit der Wucht der Tatsachen nicht entziehen. Mit der Ausdehnung der Gewerkschaften weitete sich auch ihr Aufgabenkreis. Er erforderte die volle Kraft der Organisationen, die den gewerkschaftlichen Bestrebungen dienten. Es ging nicht ohne Reibungen ab, aber schließlich wurde auch von der Sozialdemokratischen Partei die Gewerkschaftsorganisation als gleichberechtigter Zweig der Arbeiterbewegung neben der politischen Organisation anerkannt. Ihren deutlichen Ausdruck fand diese Anerkennung auf dem Mannheimer Parteitag im Jahre 1906. In der dort angenommenen Resolution heißt es von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen: „Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen. Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, ist es die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen."

Im Sinne dieses Beschlusses wurde fortan gearbeitet, und mit der gegenseitigen Anerkennung sind beide Teile gut gefahren. Infolge der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei hat der Nürnberger Gewerkschaftskongreß das Mannheimer Abkommen aufgehoben. Die Gewerkschaften sind nun völlig unabhängig von jeder politischen Organisation. Unter ihren Mitgliedern sind Anhänger verschiedener proletarischer Parteien, aber keiner braucht seiner politischen Überzeugung ein Opfer zu bringen, wenn er innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse wirkt.

So könnte es sein, in Wirklichkeit gibt es aber unter den Anhängern der neuen Parteigebilde Leute, die zum Teil in Unkenntnis der geschichtlichen Entwicklung die Gewerkschaften in ihrem Verhältnis zu den politischen Parteien um ein Menschenalter zurückschrauben wollen. Die Zeit, da die Gewerkschaften Rekrutenschulen für eine politische Partei waren, ist unwiderbringlich dahin. Diese Funktion konnten sie nur erfüllen, als sie selbst schwach und unbedeutend waren und neben ihnen eine einheitliche proletarische Partei stand, an deren Hand sie die ersten Gehversuche machten. Beide Voraussetzungen fehlen heute. Heute streiten sich die Parteien und innerhalb der Parteien verschiedene Gruppen, wie sie die Gewerkschaften ihren Zwecken dienstbar machen können. Und die Gewerkschaften selbst sind, nicht nur zahlenmäßig, mächtig erstarkt. Zu ihrem Aufgabenbereich gehört ein gewaltiger Komplex von Fragen, den sie aus eigener Kraft lösen müssen. Die Scharlatane, die da glauben, den vermeintlich kranken Gewerkschaftskörper heilen zu müssen, wollen eine Pferdekur vornehmen, gegen die wir uns, die wir uns gar nicht krank fühlen, energisch zur Wehr setzen müssen.

Die Versuche, den Charakter der Gewerkschaften zu ändern, sie umzugestalten und zu zerstören, sind so vielseitig, daß es schwerfällt, ein vollständiges Verzeichnis der Mixturen aufzustellen, mit denen man die Gewerkschaften zu Tode zukurieren gedenkt. Auf den Parteikongressen der Unabhängigen und der Kommunisten streitet man über die beste Methode, den Gewerkschaften beizukommen. Beide Parteien sind unter sich in dieser Frage sehr uneins, die Gewerkschaftsfrage wird aber auch zum Gegenstand des Streits an Stellen gemacht, an denen bisher Unabhängige und Kommunisten zusammenwirkten. In der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte bewirkte die Ablehnung eines Antrags, der es den Arbeitern und Angestellten freistellen wollte, einer Gewerkschaft anzugehören, den Austritt der Kommunisten, die diesen Antrag vertreten hatten. Die Mehrheit der Unabhängigen beschloß dagegen, daß die Gewerkschaften „durch Revolutionierung zu revolutionären Kampforganisationen ausgebaut werden müssen", und daß die Frage, Betriebsorganisation oder Gewerkschaft, keinen Anlaß zu Differenzen innerhalb der Arbeiterschaft eines Betriebes geben darf. Durch diesen Beschluß ist ja die Stellung der unabhängigen Arbeiterräte zu den Gewerkschaften keineswegs klargelegt. Das kann man aber um so weniger erwarten, als in der Zentralleitung der Unabhängigen und bei ihren Organen in dieser Hinsicht die größten Meinungsverschiedenheiten herrschen.

Im September dieses Jahres konnte der „Vorwärts" einen vom Zentralkomitee der Unabhängigen Partei in Berlin ein an einen gewissen Kncupper in Gelsenkirchen gerichtetes Schreiben veröffentlichen, in welchem dieser zu der Gründung einer syndikalistischen Gewerkschaftsgruppe im Industriebezirk beglückwünscht wurde. Die Zentralleitung der Unabhängigen verspricht in diesem Brief, diese Sonderorganisation nicht im Stich lassen zu wollen. Der unabhängige Gewerkschaftssekretär Agnes hat darauf seinem Parteivorstand wegen dieser Unvorsichtigkeit energisch die Leviten verlesen. Dabei hat er die führenden Geister dieser Allgemeinen Arbeiterunion ein wenig abgemalt. Es sind Novembersozialisten. Der eine Hauptführer war vor dem Krieg Gesundbeter, ein anderer, der auch U.-S.-P.-Stadtverordneter ist, ist schon seit einigen Monaten organisiert, auch vor dem Krieg war er nicht in der Partei. Dem Verlangen von Agnes, der in dem erwähnten Schreiben eine Politik mit doppeltem Boden findet und eine öffentliche Erklärung des Parteivorstandes im Sinne des Verbleibens in den Gewerkschaften fordert, ist das Zentralkomitee der U. S. P. D. sofort nachgekommen. Am 27. September erschien die geforderte offizielle Erklärung in der Berliner „Freiheit".

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß nunmehr in der Partei der Unabhängigen Einmütigkeit in der Stellung zu den Gewerkschaften herrscht. Durch die unabhängige Presse ging kürzlich eine Erklärung zur Gewerkschaftsfrage, welche eine Reichskonferenz der Betriebsräte, die am 24. und 25. Oktober in Halle tagte, beschlossen hat. In dieser Erklärung, die auch in der neuesten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung", der ersten, die unter der Redaktion von Richard Müller erscheint, zustimmend abgedruckt wird, heißt es:

Um die Gewerkschaften zu Kampforganisationen des Proletariats gegen die kapitalistische Produktionsweise auszugestalten und für die Einführung der sozialistischen Gesellschaft nutzbar zu machen, ist notwendig:

1. Umbau der Gewerkschaften zu großen Industrieorganisationen.
2. Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum.
3. Anerkennung des Rätesystems als Grundlage der Sozialisierung.
4. Aufgabe der bisherigen politischen Neutralität.
5. Anerkennung des Massenstreiks als wirtschaftliches und politisches Kampfmittel.
6. Grundsätzliche Änderung der Unterstützungseinrichtungen.
7. Alleiniges Bestimmungsrecht der Mitglieder in Betrieb und Beruf.

Zum Schluß wird gewarnt, einzeln aus den Organisationen auszutreten, vielmehr muß der Kampf um die baldige Eroberung der Gewerkschaften planmäßig nach folgenden Richtlinien durchgeführt werden:

„Die Opposition ist organisatorisch zusammenzufassen.

In Orten, wo die Opposition die Mehrheit hat, ist die maßgebende Organisation das Gewerkschaftskartell.

In allen anderen Orten wählt die Opposition eine Kommission, in der möglichst alle Gewerkschaften vertreten sind.

Die Zentralstelle der Betriebsräte unterstützt die Opposition in ihrem Kampf.

Die Opposition muß sich in den einzelnen Gewerkschaften und Orten organisatorisch verbinden.

Bei Differenzen in den einzelnen Gewerkschaften, wo oppositionellen Gruppen es unmöglich gemacht wird, in der Gewerkschaft zu verbleiben, ist die Mitwirkung der Zentralstelle anzurufen."

Diese Beschlüsse der „Zentrale der Betriebsräte" haben insofern eine besondere Bedeutung, als sich ihnen die kürzlich abgehaltene Generalversammlung der Metallarbeiter angeschlossen hat. Da der Metallarbeiter-Verband nun auch eine Leitung besitzt, die auf dem Boden dieser Grundsätze steht, wird man wohl bald Gelegenheit finden, zu beurteilen, welche praktischen Erfolge mit dieser Gewerkschaftstaktik zu erringen sind. Bemerkenswert ist, daß die Berliner „Freiheit" die der Opposition hier gezeichneten Wege zur Macht nicht unbedenklich findet. Durch die Bildung von Organisationen in den Organisationen, so meint sie, könnte das Ausscheiden einzelner Gruppen doch in bedrohliche Nähe gerückt werden.

Während die Unabhängigen im allgemeinen noch darauf bedacht sind, die Gewerkschaften zusammenzuhalten, und ihr Ziel darauf gerichtet ist, sie ihrem Parteizweck dienstbar zu machen, arbeiten die Kommunisten direkt auf die Zerstörung der Gewerkschaften hin. In einem von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) Ende August versandten Rundschreiben wird gesagt, daß eine völlige Umgestaltung der Gewerkschaften im Sinne des Spartakusbundes zu lange dauern könnte. Deshalb müsse die Zerstörung der Gewerkschaftsbureaukratie zur Massenaktion gemacht werden. „Wo die einzelnen örtlichen Zahlstellen der Gewerkschaften dazu bereit sind, lösen sie sich von der Zentralbureaukratie ab, sperren die Beiträge usw. Wo die örtlichen Zentralstellen hierzu noch nicht bereit sind, schließen sich die kommunistischen Mitglieder fraktionsmäßig zusammen und organisieren den Kampf um den Austritt ihrer örtlichen Zahlstellen aus den Gewerkschaften." „Im Vordergrund des Kampfes", so heißt es an einer anderen Stelle des Rundschreibens, „hat jetzt zu stehen die Tatsache, daß möglichst große Massen aus den Zentralverbänden herausgeführt werden."

Das ist deutlich und es erleichtert die Abwehr. Wir können den Fanatikern des Spartakusbundes ihre Agitation zur Zerstörung der Gewerkschaften nicht verbieten. Allerdings müssen sie diese Propaganda von außen betreiben. In den Verbänden ist für solche Elemente kein Raum. Man braucht aber die großspurigen Redensarten nicht sonderlich tragisch zu nehmen. Eine auf die direkte Zertrümmerung der Gewerkschaften gerichtete Propaganda ist so widersinnig, daß sie nicht viele Gläubige finden wird.

Doch auch die Reformatoren, die den Gewerkschaften einen anderen Geist einhauchen und sie in irgendeiner Form zu Stützpunkten für eine politische Partei umgestalten wollen, gehen von durchaus falschen Voraussetzungen aus. Sie verkennen die Aufgaben der Gewerkschaften. Wenn man in ihnen Kampforgane gegen die kapitalistische Produktionsweise erblickt, so ist das durchaus richtig, aber sie führen den Kampf gegen den Kapitalismus mit anderen Waffen und in anderer Weise als die Sozialdemokratie. Man wird das gemeinsame Ziel viel besser erreichen, wenn man getrennt marschiert und die Funktionen der politischen Parteien und der Gewerkschaften nicht miteinander vermengt. Das Streben, die Gewerkschaften den parteipolitischen Bestrebungen fernzuhalten, bedeutet aber keineswegs, daß wir den Mitgliedern der Gewerkschaften empfehlen wollten, sich dem Kampf der Parteien zu entziehen. Im Gegenteil. Wir erachten es als eine selbstverständliche Pflicht für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin, daß sie sich auch für den politischen Kampf in Reih und Glied stellen und in ihren politischen Organisationen alle Kraft daransetzen, daß der Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Wege geebnet werden.

In der Gewerkschaft spielt aber der politische Meinungsstreit keine Rolle. Die Gewerkschaften sind Organe, mit deren Hilfe die Arbeiter auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollen. Sie bieten Raum für alle Arbeiter. Nicht nur für die Anhänger der verschiedenen sozialistischen Parteien, sondern auch für die Arbeiter, die sich zur sozialistischen Weltanschauung noch nicht durchgerungen haben. Vorläufig leben wir noch in der kapitalistischen Gesellschaft. Das ist eine Tatsache, an die unsere Stürmer und Dränger immer wieder erinnert werden müssen. Die kapitalistische Gesellschaft wird nicht dadurch beseitigt, daß wir ihre Existenz verneinen, sondern durch die rastlose Arbeit eines einig und geschlossen operierenden Proletariats. Auch die zielklare Gewerkschaftsarbeit trägt zum Sturz des Kapitalismus bei. Wenn wir in den Gewerkschaften für die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter kämpfen, den Arbeitern das Verständnis für die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens erschließen, ihr geistiges Niveau heben, dann haben wir eine so reiche Betätigungsmöglichkeit, daß wir gern darauf verzichten können, die Gewerkschaften zu Organen des politischen Kampfes umzugestalten. Alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, untergraben die Kraft der Gewerkschaften.

Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.

—r. Das Verhältnis zwischen Mensch und Staat hat sich bei uns in Deutschland in den letzten Jahrzehnten von Grund auf geändert. Nachdem am Ausgang des Mittelalters die mittelalterliche Gemeinfreiheit und Selbstverwaltung zu Grabe getragen worden war, richteten die Fürsten den Gewaltstaat auf, in dem ihr Wille allein den Ausschlag gab und der Wille des Volkes und des einzelnen Menschen durch Zwangsmittel unterdrückt wurde. Der Fürst war Autokrat, Alleinherrscher geworden, er verfügte frei und unbeschränkt über die Person und das Eigentum seiner Untertanen, er war niemandem Rechenschaft schuldig über sein Tun und Lassen. Der Wille des Fürsten war das höchste Gesetz für das Volk, wer sich dagegen auflehnte, war ein Feind des Staates und der Ordnung. Natürlich waren die Fürsten tatsächlich keine Alleinherrscher, sie waren lediglich ein Spielball in der Hand ihrer Hofschranzen und Kebsweiber.

Allmählich vollzog sich ein Umschwung von der Autokratie zur Demokratie. Es wuchs die Empfindung in den Massen, daß es ein schreiendes Unrecht, und daß es eines Menschen unwürdig sei, wenn ein Fürst die Macht habe, seine Untertanen wie eine Hammelherde zu behandeln. Diese wachsende Empörung, die in Revolten und Revolutionen zum Ausbruch kam, zwang die Fürsten — in dem einen Land früher, in dem anderen später — einen immer größeren Teil ihrer Rechte an das Volk abzutreten. Der demokratische Gedanke marschierte, die Volksvertretung nahm Anteil an der Gesetzgebung und Verwaltung, die Untertanen wurden allmählich zu Staatsbürgern und bekamen ein Mitbestimmungsrecht in Staat und Gemeinde. Allerdings blieb diese Demokratie vielfach eine Scheindemokratie, und die Fürsten taten nach wie vor, was sie wollten. Grundsätzlich aber hatte die Demokratie die Autokratie abgelöst.

Durch die siegreiche Novemberrevolution in Deutschland ist die Demokratie zur Wirklichkeit geworden, die Fürstenherrschaft ist — hoffentlich für immer — gebrochen. Mit stolzer Befriedigung konnte die Nationalversammlung im Artikel 1 der Verfassung die beiden Sätze niederschreiben: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volk aus." In diesen Sätzen spiegelt sich der Umschwung wider, der sich in den letzten sieben Jahrzehnten in Deutschland auf politischem Gebiet vollzogen hat. Wir dürfen uns dieses Erfolges freuen, und mit Hochgefühl kann das deutsche Proletariat auf seine langen Kämpfe zurückblicken, die uns endlich den Sieg gebracht haben. Das Wort „Fürst" ist aus der Verfassung verschwunden, das Wort „Volk" ist an dessen Stelle getreten.

Die Tatsache, daß wir gleichberechtigte Staatsbürger und Staatsbürgerinnen geworden sind, legt uns auch neue Pflichten auf. Es ist doch selbstverständlich, daß wir, wenn wir in Staat und Gemeinde mitsprechen und mitbestimmen wollen und deshalb eine gewisse Mitverantwortung tragen, auch die nötigen Kenntnisse und Eigenschaften besitzen müssen, um die uns gestellte neue Aufgabe erfüllen zu können. Zweifellos werden sich unsere politischen Verhältnisse im Innern um so günstiger gestalten, je zahlreicher jene Männer und Frauen vertreten sind, die politische Sachkunde und sittliche Pflichterfüllung gegen die Allgemeinheit miteinander verbinden. Leider zeigt sich in weiten Kreisen der Bevölkerung und auch in proletarischen Schichten noch eine große Gleichgültigkeit gegen die neuen Zustände in unserer Volksrepublik. Die schwierige Arbeit unserer Nationalversammlung am politischen Aufbau unseres Volkes hat wenig Interesse erregt, weshalb es vielleicht angebracht erscheint, auch an dieser Stelle einige Abschnitte aus der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 zu behandeln.

Im Artikel 109 der Verfassung heißt es: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben." Hier wird der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Deutschen ohne Ansehen der Person, des Geschlechts, des Standes, des Vermögens oder der Geburt proklamiert. Es wird noch hinzugefügt, daß jeder Angehörige eines deutschen Einzelstaates zugleich Reichsangehöriger ist, und daß jeder Deutsche in jedem Einzelstaat des Reichs die gleichen Rechte und Pflichten hat wie die Angehörigen dieses Landes selbst. Damit sind die Schranken, die die Kleinstaaterei früher zwischen den einzelnen deutschen Ländern aufgerichtet hatte, endgültig gefallen und die staatsbürgerliche Einheit Deutschlands ist [illegible] gestellt. Die Folge davon ist, daß alle Deutschen im ga[nzen] Reich volle Freizügigkeit genießen und sich überall niederla[ssen] dürfen. Auch die persönliche Freiheit des einzelnen ist gewä[hr]leistet: „Die Freiheit der Person ist unverle[tz]lich," heißt es im Artikel 114, „eine Beeinträchtigung o[der] Entziehung der persönlichen Freiheit durch die öffentl[iche] Gewalt ist nur auf Grund von Gesetzen zulässig." Wer [in] Ausführung gesetzlicher Bestimmungen festgenommen oder [ver]haftet wird, muß spätestens am darauffolgenden Tage von [der] Ursache seiner Verhaftung in Kenntnis gesetzt werden, und [es] muß ihm Gelegenheit gegeben werden, gegen diese Freihe[its]entziehung Einwendungen vorzubringen.

Im Artikel 118 wird jedem Deutschen das Recht zu[ge]sprochen, innerhalb der durch die allgemein[en] Gesetze gezogenen Schranken seine Meinung du[rch] Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei [zu] äußern. Das heißt also, daß das Recht der freien Meinun[gs]äußerung unbeschränkt ist, falls sie sich nicht in beleidigen[der], verleumderischer oder ärgerniserregender Form oder in ei[ner] anderen gegen die Gesetze verstoßenden Weise vollzieht. [Es] wird noch hinzugefügt, daß dies Recht durch kein Arbeits- o[der] Anstellungsverhältnis verhindert und daß niemand in irge[nd]einer Weise benachteiligt werden darf, wenn er von dies[em] Recht Gebrauch macht. Kein Arbeitgeber oder Vorgesetzter [hat] also fernerhin mehr das Recht, durch Androhung oder V[or]nahme einer wirtschaftlichen oder sonstigen Schädigung sei[nen] Arbeitern, Angestellten und Untergebenen das Recht der fre[ien] Meinungsäußerung illusorisch zu machen. Überhaupt ist es [in] Zukunft untersagt, daß der wirtschaftlich Stärke[re] den wirtschaftlich Schwächeren mundtot [zu] machen sucht. Damit ist ein wichtiges Grundrecht [für] jeden Menschen endlich einmal zu einer Wahrheit geword[en], vorausgesetzt natürlich, daß wir alle Manns genug sind, u[ns] dies Recht nicht nehmen oder verkümmern zu lassen.

Ganz folgerichtig wird auch das volle Versamm[lungs]- und Vereinsrecht proklamiert. Im Artikel 1[23] wird erklärt, daß alle Deutschen das Recht haben, sich ohne A[n]meldung friedlich und unbewaffnet zu versammeln, doch könn[en] Versammlungen unter freiem Himmel durch Reichsgesetz a[n]meldepflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr für [die] öffentliche Sicherheit verboten werden. Aus dieser Einschrä[n]kung leuchtet die Absicht hervor, eine gewisse Mittellinie [zu] finden zwischen der Freiheit der Staatsbürger und Staat[s]bürgerinnen einerseits und der öffentlichen Ordnung u[nd] Sicherheit anderseits. Das Koalitionsrecht, um das die deu[t]schen Arbeiter seit Jahrzehnten haben die erbittertsten Kämp[fe] führen müssen, wird im Artikel 124 mit folgenden Wort[en] gewährleistet: „Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecke[n], die den Staatsgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesel[l]schaften zu bilden. Dies Recht kann nicht durch Vorbeugungs[maß]regeln beschränkt werden. Der Erwerb der Rechtsfähigke[it] steht jedem Verein gemäß der Vorschriften des bürgerlich[en] Rechts zu. Es darf einem Verein nicht aus dem Grunde ve[r]sagt werden, daß er einen politischen, sozialpolitischen od[er] religiösen Zweck verfolgt."

Im Artikel 22 der Verfassung wird bestimmt, daß die A[b]geordneten zum Reichstag in allgemeiner, gleicher, unmitte[l]barer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alt[en] Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältnis[wahl] gewählt werden. Der Wahltag muß ein Sonntag od[er] öffentlicher Ruhetag sein. Im Artikel 17 heißt es: „Jed[es] Land muß eine freiheitliche Verfassung haben. Die Volksver[tretung ...]

Der Wert unseres Almanachs.

Jahrbücher, Kalender — das sind Almanache — haben alle Wandlungen der Zeiten und Völker überstanden, sie sind heute noch so begehrt wie zu „uralten" Zeiten. Die Bauernregeln des hundertjährigen Kalenders deuten ja auch auf das Alter hin. Es gibt noch künstlerisch ausgestattete Kalender — wir denken nur an die „Altfränkischen Bilder" und den „Münchener Kalender" —, aber mehr in die breiten Volksmassen gedrungen sind andere Kalender, auch die in neuerer Zeit von den großen Gewerkschaften herausgegebenen Taschenkalender.

Der soeben erschienene „Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1920" tritt damit in seinen 21. Jahrgang, immerhin ein respektables Alter. Nur große Gewerkschaften sind in der Lage, der hohen Kosten wegen ein derartiges Büchlein ihren Mitgliedern bieten zu können. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband trat als erste Gewerkschaft im Jahre 1900 mit einem solchen Almanach auf den Plan. Nicht nur die Anregung kam von unserem bisherigen Ersten Vorsitzenden, Theodor Leipart, er war auch der erste Bearbeiter und Herausgeber. Von Jahr zu Jahr wurde der Almanach vervollkommnet und somit vorbildlich für andere Gewerkschaften.

•

A.: Guten Morgen! Meinen herzlichen Glückwunsch zum Geburtstage!

B.: Nanu, woher weißt Du?

A.: Ja, wenn man seinen „Almanach" hat! Nicht nur die Geburtstage von Angehörigen und Freunden werden [illegible], auch die aller [illegible] Kollegen in der [illegible]. Und besonders, wenn man Werkstattvertrauensmann, [illegible]. Du kennst wohl unseren Almanach noch gar nicht?

B.: [illegible], aber ich habe ihn für so besonders wertvoll bisher nicht gehalten.

A.: Wenn Du nicht aus einer Gegend kämst, wo alles, was [illegible] auf die freien Gewerkschaften, mit Mißtrauen angesehen wird, würde ich Dir etwas anderes sagen. So rate ich [illegible], Dir unseren Almanach auch mal [illegible] anzusehen und ihn als Agitationsmittel zu betrachten. Denn Du weißt doch, [illegible] Mitglied sein und bleiben?

B.: Nein, und darum bin ich Dir für jeden Rat und jede Auskunft dankbar. Gestern wurde ich von einem unorganisierten Kollegen nach dem Gründungsjahr des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes gefragt, ich konnte sofortige Auskunft nicht geben. Außerdem wollte der Betreffende noch einiges wissen über die Entwicklung des Verbandes.

A.: Siehst Du! Hättest Du unseren Almanach zur Hand gehabt, konntest Du sofort Auskunft geben. Nicht nur das Gründungsjahr, sondern alle anderen bedeutsamen Vorkommnisse in unserem Verband kannst Du aus dem Almanach ersehen. Aber beim Durchblättern und Suchen nach Daten findest Du zugleich Anregungen anderer Art, die Dir große Freude machen werden. Der Bearbeiter unseres Almanachs, unser Kollege Fritz Tarnow, will damit den Mitgliedern „Literarisch" kommen, und das ist ein gutes Unterfangen. Zum Beispiel: „Was Du tust, das tue ganz." — „Stets ist die Sprache kecker als die Tat." — „Eigensinn ist die Energie der Dummheit." — „Ungezäumtes Maul, wie ein toller Gaul." — „Vor Beginnen wohl besinnen." — „Aus einer Schlafmütze schüttelt niemand Grütze." — Das andere lies selbst nach. Du findest noch viel „Sinnigeres" in diesen Sinnsprüchen.

B.: Du hast mich direkt neugierig gemacht.

A.: Und über die Entwicklung unseres Verbandes findest Du so gutes Material in unserem Almanach, daß Du Dir ein kleines Referat daraus zurechtmachen kannst.

B.: Nun mußt Du schon wieder. Ich habe noch nie in Versammlungen gesprochen, kann also keine Referate halten.

A.: Dann mußt Du's eben lernen. Zunächst mache Dir einige Aufzeichnungen, um die Unorganisierten, auf die Du stößt, über die Bedeutung unserer Organisation aufklären zu können. Und bald wirst Du auch mal in einer Werkstattvertrauensmännerversammlung das Bedürfnis haben, Dich zu dieser oder jener Frage zu äußern, und da kommen Dir diese Aufzeichnungen vielleicht sehr gut zustatten. Dann findest Du in unserem Almanach aber noch mehr: Einen „Leitfaden für Versammlungsleiter", „Parlamentarische Regeln", denn auch in unserer neuen Republik darf es in Versammlungen nicht drunter und drüber gehen, und am wenigsten in gewerkschaftlichen Versammlungen.

B.: Versammlungsleiter und Referenten müssen doch aber auch Auskunft geben können auf Fragen, die nicht nur Bezug haben auf den Ausbau des Verbandes, Statuten, Unterstützungswesen usw.

A.: Dann schlägst Du Seite 122 unseres Almanachs auf, da findest Du „Einheitliches Arbeitsrecht für die deutsche Holzindustrie" mit den wichtigsten Bestimmungen des Reichstarifs, Seite 127 „Kleines Lexikon des gewerblichen Rechts" mi[t] Fragen, die weit hinausgehen über das engere Vereinsleben.

B.: Ich danke Dir für die Anregung, ich werde mir unseren neuen Almanach sofort besorgen.

•

Unsere „großen" Agitatoren werden lächeln über diesen Anschauungsunterricht, sie sollen aber daran denken, daß auch sie nur auf diese Weise angefangen haben. Unser Almanach enthält so manches, was jedes Mitglied unseres Verbandes wissen müßte.

So wird in dem neuen Almanach die Erinnerung wach gerufen an einen unserer besten, treuesten Kollegen, der uns am 7. Februar 1919 durch den Tod entrissen wurde: unse[r] Hermann Pappe. Durch die Wiedergabe seines Bildnisses und Schilderung seines Lebenslaufs wird seiner ehrend geda[cht].

Im „Aufruhr in alter und neuer Zeit" wird die Verfügung einer Kurfürstlich-Mainzischen Ober-Regierungsbehörde an di[e] Unterbehörden des Kurfürstentums Mainz aus dem Jahre 17[90] in Faksimile wiedergegeben, woraus ersichtlich, daß am 2. Se[p]tember 1790 die Schreinergesellen in Mainz sich als [illegible] jährliche Revoluzzer aufgeführt haben. Durch den anderen Aufruhr in allerneuester Zeit ist das eigene Verbandshaus in Berlin in Mitleidenschaft gezogen worden, und zwar durch die Vorgänge während der Putsche im März 1919 mit erbitterten Straßenkämpfen und zahlreichen Menschenopfern.

Bei der herrschenden Teuerung ist es wichtig, sorgfältige Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben zu mach[en], es dient das übrigens auch zu gelegentlichen statistischen Er[he]bungen im Verband. Alle diese Aufzeichnungen können [in] für diesen Zweck besonders vorgesehenen Rubriken an [jedem] Tag — und das ist besonders zu beachten — gemacht werden. Auch sind alle wichtigen Adressen des Verbandes im [Almanach] Almanach enthalten.

So bezweifeln wir nicht, daß auch der Almanach 1920 [bei] allen unseren Mitgliedern freudige [Auf]nahme finden wird.

tretung muß in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung gelten auch für die Gemeindewahlen." Damit sind Forderungen erfüllt, die von der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands seit vielen Jahrzehnten vergeblich gestellt worden sind. Das Klassenwahlrecht in den Einzelstaaten und in den Gemeinden ist mit einem Schlage beseitigt worden, jetzt ist die Bahn frei für die Arbeiterschaft zur Mitarbeit an allen öffentlichen Angelegenheiten, zur Teilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung in Staat und Gemeinde. Jetzt kommt es nur noch darauf an, daß sie sich dieser Errungenschaft auch bewußt wird, und daß sie von dem neuen Recht den besten Gebrauch macht.

Alle die Rechte und Freiheiten, die dem deutschen Volk durch die Verfassung gegeben worden sind: Gleichberechtigung, freie Meinungsäußerung, persönliche Freiheit, Versammlungs- und Koalitionsrecht und freiheitliches Wahlrecht im Reich, Einzelstaat und Gemeinde, sind natürlich erst die Vorbedingungen eines freien, gleichberechtigten Staatsbürgertums, sie sind gewissermaßen die Form, in der sich der Mensch frei bewegen kann; die Pflicht des Proletariats ist es nun, diese Form mit dem rechten Inhalt zu erfüllen.

Zum Reichstarif für Korbmacher.

d. Unter der Bezeichnung „Richtigstellung" wendet sich der Syndikus des „Verbandes deutscher Korbwarenhersteller" in längeren Ausführungen in der „Deutschen Korbmacher-Zeitung" gegen den in Nr. 40 der „Holzarbeiter-Zeitung" veröffentlichten Artikel mit der Überschrift: „Warum wurde der Reichskorbtarif abgelehnt?" Wir verdenken es dem Beauftragten der Unternehmer nicht, wenn er für deren Interessen aufs wärmste eintritt, bedauern nur, daß es uns der Raum unseres Organs verbietet, in ausführlicher Weise auf diese „Richtigstellung" einzugehen.

Was über die Verzögerung der Verhandlungen vom 26. Mai bis 25. Juni gesagt wurde, ist richtig. Daraus haben wir niemand einen Vorwurf gemacht. Herr Bäßler wendet sich dann sofort gegen die von uns in den Verhandlungen erhobenen Forderungen auf Anerkennung von Mindest- und Durchschnittslöhnen: „Am 6. Mai sei der Vertragsentwurf eingesandt und nach sieben Wochen seien die Löhne dieses Entwurfs als überhöht bezeichnet worden." Eine solche Überrumpelung der Arbeitgeber sei unerhört. Wir erinnern uns, daß gleich am ersten Verhandlungstag in Gegenwart des Herrn Syndikus eine eingehende Begründung dieser veränderten Stellungnahme von den Arbeitnehmervertretern gegeben wurde. Die Lohnsätze des übersandten Tarifs waren bereits im März aufgestellt worden. Der allgemeine Glaube, recht bald zu einem Friedensschluß und damit zu erträglichen Verhältnissen zu kommen, schwand von Woche zu Woche. Das Gegenteil trat ein, und die Klagen unserer Kollegen, daß festgelegte Mindestlöhne von dem Unternehmertum als Höchstlöhne in Anrechnung kamen, waren vollauf begründet. Das zwang die Arbeitnehmer, eine andere Lohnbasis zu beantragen. Zwar gibt der Artikelschreiber zu, daß mit den Arbeitgebern des Tarifamts — „zumeist Vertretern der Großstädte" — eine Verständigung, vorbehaltlich der Zustimmung der Mitglieder, erzielt wurde, ohne daß jedoch über die anderen Bestimmungen des Tarifvertrages so eingehend verhandelt worden ist, wie es für eine endgültige Beratung nötig gewesen wäre". Wir empfehlen dem Herrn Syndikus das Studium des von Herrn Dr. Habersbrunner aufgenommenen Protokolls, und wir glauben kaum, daß er diese Behauptung aufrechterhalten wird.

Der Verband deutscher Korbwarenhersteller hat den vom Tarifamt beratenen Vertrag, für dessen Durchführung sich die Parteien, laut protokollarischer Erklärung, bemühen wollten, abgelehnt. In einem Schreiben vom 14. August läßt er uns dann wissen, daß er zu weiteren Verhandlungen auf Basis der zurzeit in den einzelnen Bezirken tatsächlich bestehenden Löhne einzutreten bereit sei, knüpft aber daran die Bedingung, daß die zurzeit im Ausland befindlichen Arbeiter unverzüglich die Arbeit wiederaufzunehmen haben, eher wird nicht verhandelt. Unsere Antwort lautete kurz und bestimmt, daß wir solche Bedingungen ablehnen. Das hat den Herrn verschnupft, und nun zieht er gegen die Lohnsätze, soweit sie speziell die jugendlichen Arbeiter betreffen, gegen die Lehrlingsentschädigung und die bei den Verhandlungen festgelegten Urlaubstage vom Leder. Selbst im Reichstarif für das Holzgewerbe seien niedrigere Entschädigungssätze für Lehrlinge und weniger Urlaubstage gefordert worden. Das stimmt, wir vermögen aber nicht einzusehen, daß eine Industrie, die sich während der Kriegszeit in so hervorragender Weise „gesund" gemacht hat, nicht imstande wäre, den durchaus berechtigten Forderungen der Jetztzeit entsprechen zu können.

Aber die Ursachen liegen tiefer, und der Herr Syndikus ist offen genug, sie auch anzudeuten. „Einen Stein des Anstoßes bilden auch die Bestimmungen über die Heimarbeit, womit insbesondere der Bezirk Thüringen und Franken betroffen werden soll. 10 000 Personen sind in der Heimarbeit tätig, ihre Anfänge reichen 150 Jahre zurück und hat der Korbindustrie durch ihre Mannigfaltigkeit, wie sie eben nur die Heimarbeit hervorbringen kann, Weltruf verschafft." Das also ist des Pudels Kern. Das sprichwörtliche Elend der Hausindustrie zu beseitigen, eine Aufgabe, die wir als Gewerkschaft schon seit Jahrzehnten anstreben, verträgt sich natürlich nicht mit Unternehmerinteressen, und deshalb fort mit solchen sozialen und kulturellen Forderungen. Mit einer gewissen Genugtuung wird konstatiert, daß sich der Holzarbeiter-Verband jahrzehntelang bemüht hat, die Heimindustriellen seinen Zwecken dienstbar zu machen, diese den Bemühungen aber immer widerstanden haben. Hört es, ihr Heimarbeiter in der Korbindustrie! Eure jahrelange Interessenlosigkeit, zum überwiegenden Teil verursacht durch die elende wirtschaftliche Lage, soll euch auch fernerhin zu billigen und willigen Ausbeutungsobjekten der Fabrikanten verurteilen! Aber wir fragen den Herrn Syndikus: Wo ist denn in dem Tarif von einer völligen Beseitigung der Heimarbeit die Rede? Der § 22 lautet:

„In jedem Falle muß den Heimarbeitern und den Heimarbeiterinnen der in diesem Tarif festgelegte Lohnsatz gezahlt werden. Für die richtige Einhaltung des Tarifs sowohl durch Hausgewerbetreibende als auch durch Zwischenmeister ist stets der Hauptauftraggeber verantwortlich."

Das ist es, was den Herren nicht gefällt. Trotzdem an Miete, Betriebskosten usw. gespart wird, soll den Heimarbeitern ein Lohnsatz gezahlt werden, der ganz in das Belieben des Herrn Fabrikanten gestellt ist und nur je nach Angebot und Nachfrage Schwankungen unterworfen wäre. Daß wir uns dem mit allen Kräften widersetzen und dabei auch die Unterstützung der gelobhudelten Heimarbeiter finden werden, ist sicher.

Was die „Richtigstellung" den ehemaligen Vertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Herrn Leonhard Moll, sagen läßt, dient nur dazu, uns in unserem Vorhaben erst recht zu bestärken. Schamhaft wird bei der Verherrlichung der Heimarbeit und dem beneidenswerten Wohlergehen dieser Arbeiterschicht zugegeben: „Die lange Arbeitszeit ist so ziemlich der einzige schwache Punkt, welcher einer Kritik standhält." Also, eine blinde Taube findet auch manchmal eine Erbse!

Was dann noch der Herr Syndikus frohlockend über den Abschluß eines Abkommens mit der Sektion der Korbmacher, Zahlstelle Coburg, berichtet, in welchem die Bestimmungen über die Durchschnittslöhne, die Heimindustrie und das Lehrlingswesen fallengelassen wurden, ist nicht imstande, uns von dem von der übergroßen Mehrheit der deutschen Korbmacher für richtig erkannten Weg abzubringen. Es bleibt dabei, das unsoziale Verhalten des Verbandes deutscher Korbwarenhersteller trägt die Schuld, wenn beständige Unruhe im Gewerbe herrscht. Wir halten durch!

Soziales.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 27. Oktober bringt eine beachtenswerte Änderung der Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge. Diese Einrichtung ist bekanntlich als eine der ersten Errungenschaften der Revolution durch eine Verordnung vom 13. November 1918 geschaffen und nach wiederholten Änderungen durch eine Verordnung vom 16. April 1919 neu formuliert worden. Die neue Verordnung besagt zunächst, daß die Gemeinden die festgesetzten Höchstsätze der Unterstützung nicht überschreiten dürfen, da ihnen andernfalls die Zuschüsse aus der Reichs- und den Landeskassen entzogen werden können. Diese Zuschüsse sind sehr wesentlich; das Reich zahlt sechs Zwölftel und der Bundesstaat vier Zwölftel des Gesamtaufwandes der Erwerbslosenfürsorge, so daß die Gemeinde nur zwei Zwölftel aufzubringen hat.

Eine weitere Bestimmung gestattet, daß bei Umzügen Erwerbsloser die Gemeinde zur Beförderung des Umzugsgutes Beihilfen gewähren kann. Die Höhe dieser Beihilfe war bisher beschränkt auf die Kosten der Beförderung durch die Eisenbahn. Diese Beschränkung fällt nun fort; die Beihilfe kann sich also auch auf die Kosten der An- und Abfuhr des Umzugsgutes zum und vom Bahnhof erstrecken.

Um es den Erwerbslosen zu ermöglichen, auch bisher ungewohnte Arbeit anzunehmen, ist jetzt die Gemeinde des letzten Wohnortes berechtigt, bei Antritt einer solchen Arbeitsstelle dem Betreffenden einen Lohnzuschuß zu gewähren. Beträgt der Lohn nicht 1 Mk. pro Tag mehr als die Erwerbslosenunterstützung einschließlich der Familienzuschläge, dann darf für die Dauer von sechs Wochen ein Zuschuß bis zu dieser Höhe gewährt werden.

Neu ist auch die Bestimmung über eine Winterbeihilfe für die Erwerbslosen. Diese beträgt monatlich für Ledige den dreifachen Tagesbetrag der Unterstützung, für Verheiratete den vierfachen Tagessatz einschließlich der Familienzuschläge. Diese Winterbeihilfe wird in der Zeit vom 1. November 1919 bis 31. März 1920 gewährt. Voraussetzung für ihren Bezug ist, daß der Erwerbslose das 18. Lebensjahr vollendet und in den voraufgegangenen drei Monaten an mindestens 60 Tagen die volle Erwerbslosenunterstützung bezogen hat. Die Winterbeihilfe wird monatsweise gewährt und soll in der Regel in Sachleistungen bestehen. Sie kann im gegebenen Fall auch für einen Teil des Monats gewährt werden. Diese Winterbeihilfe kommt aber nur für die größeren Städte, die Ortsklassen A und B, in Betracht. Ausnahmsweise kann sie die Landeszentralbehörde auch für kleinere Orte zulassen.

Schließlich gibt die neue Verordnung dem Gedanken Ausdruck, daß mehr getan werden müsse, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Den Gemeinden, die Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Abbau der Erwerbslosenfürsorge zu fördern, werden Zuschüsse aus Reichs- und Staatsmitteln in Aussicht gestellt, deren Höhe nach der Zahl der Erwerbslosen bestimmt wird, die durch diese Maßnahmen der Erwerbslosenfürsorge entzogen und ferngehalten werden. Diese Bestimmung ist an sich sehr zu begrüßen, denn besser als die beste Erwerbslosenfürsorge ist die Beseitigung der Erwerbslosigkeit. Leider ist die Fassung der Verordnung in dieser Hinsicht nicht ganz klar. Es sollen Maßnahmen zum „Abbau der Erwerbslosenfürsorge" unterstützt werden. Das kann bei schlechtem Willen auch so verstanden werden, als sollten damit auch Schikanen eine Förderung erfahren, durch welche die Erwerbslosen von der Fürsorge ferngehalten werden, deren sie bedürftig sind. Wir nehmen an, daß das nicht so gemeint ist, aber dann wäre eine klarere Ausdrucksweise angebracht gewesen.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium.

Der Gewerkschaftliche Nachrichtendienst berichtet:

Der § 165 der Verfassung des Deutschen Reiches sieht die Errichtung eines Wirtschaftsparlaments, genannt Reichswirtschaftsrat, vor. Der Umfang der Tätigkeit, die Zusammensetzung usw. dieses Reichswirtschaftsrats muß in einem besonderen Gesetz festgelegt werden. Es ist deshalb ein vorläufiger Reichswirtschaftsrat vorgesehen, der aber längerer Vorberatungen bezüglich seiner Konstituierung bedarf.

Um nun die für dieses Wirtschaftsparlament jetzt schon vorliegenden Arbeiten erledigen zu können, ist wenige Tage nach Verabschiedung der Verfassung auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums eine Körperschaft errichtet, die den Namen „Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium" erhalten hat.

Für die Tätigkeit des Wirtschaftsrats beim Reichswirtschaftsministerium gelten folgende mit dem Reichswirtschaftsministerium vereinbarten Richtlinien:

Richtlinien für die Tätigkeit des Wirtschaftsrats beim Reichswirtschaftsministerium.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium setzt sich zusammen aus:

Gruppe Industrie:

2 Vertretern des industriellen Unternehmertums, 2 Vertretern der industriellen Arbeiterschaft;

Gruppe Handel:

1 Vertreter des Ein- und Ausfuhrhandels, 1 Vertreter des Großhandels, 1 Vertreter der Groß-Einkaufsgesellschaft, 1 Vertreter der Arbeitnehmer des Ein- und Ausfuhrhandels;

Gruppe Landwirtschaft:

2 Vertretern der Landwirtschaft, 2 Vertretern der Landarbeiter;

Gruppe Verbraucher:

1 Vertreter der Kommunalverwaltungen, 1 Vertreter der letzten Verbraucher.

Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter bestimmt. Für die Beratung spezieller Fachfragen können Sachverständige aus dem betreffenden Spezialfach herangezogen werden.

Der Wirtschaftsrat hat den Zweck, auf Grund selbständiger Beratung und Entschließung die Willensäußerung der in ihm vertretenen Wirtschaftsgruppen dem Reichswirtschaftsministerium gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Der beim Reichswirtschaftsministerium eingerichtete Diktatorische Ausschuß hat alle wichtigen wirtschaftlichen Fragen der Ein- und Ausfuhr vor der Entscheidung dem Wirtschaftsrat zur Beratung und Entschließung zu unterbreiten. Auch kann der Wirtschaftsrat aus eigener Entschließung zu Fragen, die auf seinem Tätigkeitsgebiet liegen, Stellung nehmen und diese nach vorheriger Beratung mit dem Diktatorischen Ausschuß dem Reichswirtschaftsminister unterbreiten.

Besteht Übereinstimmung zwischen dem Wirtschaftsrat und dem Diktatorischen Ausschuß, so bringt der Diktatorische Ausschuß den gemeinsamen Beschluß vor den Herrn Minister, dem die letzte Entscheidung zusteht.

Wird eine Übereinstimmung zwischen dem Diktatorischen Ausschuß und dem Wirtschaftsrat nicht erzielt, so hat der Wirtschaftsrat das Recht, seinen Standpunkt dem Herrn Reichswirtschaftsminister unmittelbar vorzutragen, was auf Verlangen des Diktatorischen Ausschusses gemeinsam mit diesem zu geschehen hat.

Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Wirtschaftsrats ist die Ansicht der zu bezeichnenden Minderheit gleichfalls dem Diktatorischen Ausschuß mitzuteilen.

An den offiziellen Sitzungen des Wirtschaftsrats nimmt eine Vertretung des Reichswirtschaftsministeriums teil. Der Diktatorische Ausschuß trägt dafür Sorge, daß das notwendige Material dem Wirtschaftsrat rechtzeitig zugestellt wird.

Der Wirtschaftsrat wählt zur Leitung seiner Verhandlungen und Erledigung der rein geschäftlichen Angelegenheiten je einen Vorsitzenden von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, die vom Herrn Minister zu bestätigen sind.

Etwa entstehende Kosten werden auf die im Wirtschaftsrat vertretenen Gruppen im Verhältnis ihrer Vertretung im Wirtschaftsrat umgelegt.

Der in den Richtlinien mehrfach genannte Diktatorische Ausschuß ist eine Körperschaft, die zu gleicher Zeit mit dem Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium errichtet ist und nur aus Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums besteht. Die Tätigkeit des Reichswirtschaftsrats hat bereits begonnen.

Die Entsendung der Vertreter der Industrie erfolgt durch die Zentralarbeitsgemeinschaft. Für Handel und Landwirtschaft, für die Arbeitsgemeinschaften im Entstehen begriffen sind, erfolgt die Entsendung der Vertreter bis auf weiteres durch die leitenden Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer dieser Gruppen. Die bureaumäßigen Arbeiten des Wirtschaftsrats werden im Bureau der Zentralarbeitsgemeinschaft, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 130/132, erledigt. An diese Adresse sind alle für den Wirtschaftsrat bestimmten Zuschriften zu richten.

Auswanderung nach Südamerika.

Dem „Reichsanzeiger" vom 10. November entnehmen wir den folgenden Aufsatz, der auch durch Wolffs Telegraphenbureau verbreitet wurde:

Diejenigen unserer Volksgenossen, bei welchen angesichts unserer augenblicklich schlechten wirtschaftlichen Lage und in der Furcht vor noch schlimmeren Zeiten die Lust zur Auswanderung entsteht, wenden sich vielfach an die amtlichen Stellen mit Fragen nach den Fortkommensmöglichkeiten in Südamerika. Bei den meisten dieser Fragesteller herrscht jedoch eine so große Unkenntnis der Landesverhältnisse, daß es notwendig erscheint, das allgemein Wissenswerte darüber zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Sobald erst die Möglichkeit zur Auswanderung aus Deutschland wieder besteht, das heißt, sobald erst wieder Schiffe aus deutschen Häfen den Überseeverkehr vermitteln, dürfte Südamerika wohl zweifellos als dasjenige Land bezeichnet werden können, das in erster Linie geeignet ist, einen großen Teil von deutschen Auswanderern aufzunehmen. Wie sich die Auswanderungslustigen aber überhaupt falsche Vorstellungen vom Ausland machen, so ganz besonders von Südamerika. Es wäre nichts schlimmer, als wenn man die Illusionen, denen sich unsere Landsleute in dieser Beziehung hingeben, auch noch unterstützen würde durch übertriebene Hoffnungen, die man ihnen macht. Wer es in der Heimat zu nichts gebracht oder nichts gelernt hat, dürfte erst recht im Ausland bittere Enttäuschungen erleben. Einem fleißigen, einfachen, bescheidenen und intelligenten Menschen, der bereit ist, ein Leben voll Entbehrungen vorerst auf sich zu nehmen, bietet sich wohl die Aussicht, sich besonders in den südamerikanischen Ländern eine gute Zukunft zu schaffen, wenn seine Energie dort nicht erlahmt. Aber der Weg zu diesem Ziel ist dornenvoll, erfordert Charakterstärke und größere Anstrengungen als in Deutschland.

Er muß in den ersten Jahren jeden Anspruch auf üppiges Leben und Bequemlichkeit, an die wir uns in der Zeit von Deutschlands Größe leider gewöhnt und durch die wir uns verwöhnt hatten, aufgeben können. Der Deutsche darf nie vergessen, daß ihm besonders im Ausland ein scharfer Konkurrenzkampf von anderen Volksgenossen aufgenötigt wird, den er mit gerissenen Elementen aller Nationen aufnehmen muß; namentlich sind es in Südamerika die äußerst anspruchslosen Italiener, Spanier und Portugiesen, die ihm auf den Arbeitsmärkten im Wege stehen. Ferner darf er auch nicht außer acht lassen, daß unsere ehemaligen Feinde weiterhin unsere wirtschaftlichen Gegner bleiben.

Niemandem Vertrauen schenken, dessen lautere Gesinnung man nicht kennengelernt und geprüft hat, muß der Wahlspruch des Auswanderers sein. Wer keine Ersparnisse sein eigen nennt und eine einigermaßen auskömmliche Stellung in Deutschland hat, soll es sich dreimal überlegen, ob er auswandert; denn was er in der Heimat besitzt, soll er sich erst im Ausland erringen. Wenn uns auch die heutigen Verhältnisse im eigenen Vaterland nicht gefallen, so müssen wir doch zu unserem Volk das Vertrauen haben, daß es vermöge seines Fleißes, seiner Treue, Nüchternheit und nicht zum wenigsten seiner Intelligenz bald wieder hochkommt. Wir dürfen nicht vergessen, daß die heutigen Verhältnisse durch einen langen Krieg hervorgerufen sind, und daß keine Regierung imstande ist, die Verhältnisse so zu gestalten, daß sie nach jedermanns Geschmack sind.

Tüchtige Handwerker, namentlich Schmiede, Schlosser, Monteure, Böttcher, Drechsler, Buchdrucker, Schneider, Klempner, Tischler, Zimmerleute, Stellmacher, Mechaniker, Elektrotechniker, Maler, Glaser, Sattler, Goldarbeiter und Uhrmacher werden in Südamerika unschwer Beschäftigung finden. Photographen mit guten Fachkenntnissen, besonders in der technischen Verwertung von Photographien, haben Aussicht, in Argentinien unterzukommen; gerade in der Reproduktionstechnik und im Kunstdruckwesen haben dort deutsche Fachleute sich schon lange mit gutem Erfolg betätigt. In erster Linie sind aber manche Länder Südamerikas geeignet, tüchtige Landwirte aufzunehmen, falls diese einiges Kapital besitzen. Andernfalls müßten sie natürlich bereit sein, zuerst untergeordnete Stellungen anzunehmen. Kaufleuten, Bureauangestellten und den mit dem Verstand Schaffenden muß aber von einer Auswanderung abgeraten werden, wenn sie nicht bereit sind, vorerst als gewöhnlicher Arbeiter zur Landwirtschaft zu gehen, um Sitten, Gebräuche und Landessprache gründlich kennenzulernen, wie dies überhaupt für jeden erforderlich ist, der nicht drüben feste Anstellung in Aussicht hat oder Verwandte besitzt, die ihm vorläufig ein Unterkommen bieten.

In südamerikanischen Ländern wird, mit Ausnahme von Brasilien (wo Portugiesisch die Landessprache ist), spanisch gesprochen. Diese Sprache ist angenehm und leicht zu erlernen. Wer sich klar darüber geworden ist, was er drüben zu erwarten hat, und festen Entschluß zur Auswanderung gefaßt hat, der mag sich wegen der Beantwortung aller übrigen Fragen an das Reichsauswanderungsamt, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 71, wenden, das schriftlich oder mündlich kostenlos Auskunft erteilt. Eine Zweigstelle dieses Amts für den Osten und die östlichen Vororte Berlins, die als öffentliche Auskunftsstelle eingerichtet ist, befindet sich außerdem in Berlin-Friedrichshagen, Friedrichstraße 60.

Verbraucher, die Augen auf!

Konsumvereine werden in großer Zahl gegründet. Die Verbraucher suchen in schlimmer Wirtschaftsnot Schutz bei den Konsumgenossenschaften. Aber das genaue Gegenteil des Erhofften tritt ein, wenn die Gründung von Konsumvereinen ins Blaue hinein vor sich geht. Der gute Wille allein hilft hier nicht. Erfahrung ist hier die Hauptsache. Keine dieser Neugründungen wird von den immer sehr schmerzhaften Kinderkrankheiten verschont bleiben, wenn genossenschaftliche Erfahrung nicht die ersten Schritte leitet. Lieber keine Verbraucherorganisation als eine solche, die, wild und planlos ins Wirtschaftsleben hineingestellt, von vornherein zur Unfruchtbarkeit und zu qualvollem Siechtum verurteilt ist.

Darum, Verbraucher in Stadt und Land, laßt euch bei euren konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen von der Stelle mit Rat und Tat unterstützen, die über langjährige Erfahrung verfügt. Sie gibt Rat und Tat gern und schützt euch vor Schaden. Ist euch die Adresse des zuständigen Verbandssekretariats nicht bekannt, so fragt beim nächsten Konsumverein nach der Adresse.

Bei Neugründungen von Konsumvereinen werden in jedem Fall gewerkschaftlich organisierte Teilnehmer vorhanden sein. Diese Gewerkschaftsmitglieder sollten zu allererst wissen, was bei Neugründungen von Organisationen alles versäumt werden kann, wie [illegible] Fehler, im Anfang gemacht, noch lange Jahre [illegible]. Fehler im Anfang verurteilen [illegible] und besten Willen zur Unfruchtbarkeit. Das begonnene Werk siecht an der Krankheit dahin, die es sich beim Anfang zuzog. Diese Anfangsfehler sind leicht zu vermeiden, wenn die Erfahrung zu Rate gezogen wird. Eine Anfrage an die Gewerkschaftsleitung verschafft die Adresse des zuständigen Konsumgenossenschaftssekretariats. Mit dessen Hilfe kommt ein lebensfähiges Genossenschaftsgebilde zustande.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 47. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig geworden.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Drechsler.

[illegible]

haben sich vergrößert, und wieder andere Betriebe haben Alabaster- und sonstige Steinarbeiten neu aufgenommen. Wir haben nun ein großes Interesse daran, zu erfahren, an welchen Orten sich zurzeit Steindrehereien oder -schleifereien befinden, weshalb wir die Verwaltungen bzw. Sektionsleitungen bitten, uns hiervon möglichst umgehend Mitteilung zugehen zu lassen.

Die Zentralkommission für das Drechslergewerbe Deutschlands.
J. A.: P. Kitzing,
Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, IV.

Zentral-Stellenvermittlung der Bildhauer.

Verlangt: Holzbildhauer nach Hamburg (feinste Arbeit nach Künstlerentwürfen), Großenhain i. S., Peine (Hannover), Themar i. Th., Minden i. W., Bernburg, Halberstadt, Leer, Weimar, Reichenbach i. V., Duisburg, Karlsruhe, Triberg. Reflektanten wollen sich schriftlich nach hier wenden. (Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, „Holzarbeiter-Zeitung".)
P. Dupont.

Korrespondenzen.

Bechhofen (Mittelfranken). Für die im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisierten Pinselmacher und Pinselmacherinnen gilt es jetzt, den ab 3. November 1919 geltenden neuen Lohntarif zur Durchführung zu bringen. Dazu ist es nötig, alle noch Unorganisierten als Mitglieder zu gewinnen und sie davon zu überzeugen, daß nur durch die Geschlossenheit im Verband die durch ihn errungenen besseren Arbeitsverhältnisse hochgehalten werden können.

Eßlingen. Die Modellschreiner der Firma Wilhelm Klein in Ober-Eßlingen wurden vorstellig betreffs Urlaub. Bei der gegenseitigen Aussprache lehnte Herr Klein jeden Urlaub ab mit der Begründung, daß er bis jetzt noch nichts Schriftliches in Händen habe. Bei der Anerkennung des neuen Vertrages der Modellfabrikanten war er zugegen. In sämtlichen Modellfabriken Stuttgarts und Umgebung sind die Bedingungen anerkannt und durchgeführt. Warum denn hier nicht? Zwei Kollegen wurden beauftragt, in Stuttgart wegen der Durchführung des Vertrages Erkundigungen einzuziehen. Als Herr Klein davon erfuhr, erklärte er, dann seien alle gekündigt. Die beiden Kollegen führten das trotzdem aus und bekamen in Stuttgart den Bescheid, daß der Vertrag vom Vorsitzenden des Modellfabrikanten-Verbandes schon am 18. Oktober unterzeichnet worden sei. Nunmehr wurde der Vorsitzende der hiesigen Zahlstelle beauftragt, erneut bei Herrn Klein vorstellig zu werden, dieser beharrte aber auf seinem Standpunkt und nahm die Kündigung nicht zurück. Er wolle aber die Kollegen noch solange beschäftigen, bis die Kündigung abgelaufen sei, dann schließe er seine Fabrik. Die Kollegen waren aber nicht gewillt, unter den Umständen die vorliegende Arbeit fertigzumachen und dann auf die Straße gesetzt zu werden, sondern verließen sofort die Arbeitsstelle. Sämtliche Modellschreiner der Firma Wilhelm Klein standen im Felde. Er selbst hatte das Glück, die Strapazen des Krieges nicht kennenzulernen, was wir ihm von Herzen gönnen, aber wir begreifen die Handlungsweise seinen Arbeitern gegenüber nicht. Kollegen, die bei der Firma Klein in Arbeit treten wollen, mögen sich zuvor bei der Ortsverwaltung erkundigen.

Glückstadt. (Korbmacher.) In der letzten Sektionssitzung, die zahlreich besucht war, wurde der Reichstarif abgelehnt im Hinblick auf die fortwährend steigende Tendenz der Lebensmittelpreise und der starken Preisdifferenz zwischen Gärtnerkörben und Fischkörben. Der Reichstarif wurde im übrigen als ein Fortschritt anerkannt, der beiden Teilen bei Lohnkämpfen eine gute Grundlage bietet. Da alle anderen Holzarbeiter am Ort und der Umgebung in der ersten Lohnklasse rangieren und die Korbmacher ebenfalls Löhne haben, die dieser Klasse entsprechen, wird erwartet, daß der Zustand so bleibt für die erste Lohnklasse. Sodann wurden die Arbeitsbedingungen im Betrieb der „Hamburg-Altonaer Fischgroßhändler-Einkaufsgesellschaft" am Hafen hier lebhaft debattiert. Der Betrieb ist neu und seine Einrichtungen noch recht unvollkommen. Wir raten auswärtigen Kollegen, die hier evtl. in Arbeit zu treten gedenken, vorher erst bei der Ortsverwaltung anzufragen. Es ist in erster Linie nicht genügend Holz vorhanden. Das vorhandene Material ist ungenügend geweicht, das Sortieren ist mangelhaft. Die Einrichtung ist noch unvollständig. Heizung, Licht, Werkspritschen sind noch nicht vorhanden. Durch schlechtes Heizmaterial sind die Buden verräuchert, das [illegible] Material muß durchweg naß verarbeitet werden. Auf diese und weitere Mißstände haben wir bei der Betriebsleitung des öfteren hingewiesen und auf Beseitigung dieser Zustände gedrungen. Abhilfe wurde uns zugesagt mit dem Bemerken, es lasse sich nicht alles auf einmal ändern. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Materialbeschaffung diesjähriger Ernte viele Schwierigkeiten bietet, wie Verkehrsverzögerung und Einkauf zu Wucherpreisen. Nach unserem Dafürhalten hätte manches für den Betrieb wirtschaftlicher sein können, u. a. auch die baulichen Veränderungen. Die oben angeführten Mißstände verurteilen die Kollegen zur Nichteinhaltung der achtstündigen Arbeitszeit und zum Minderverdienst als Akkordarbeiter bis zu 40 Prozent. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Betrieb noch das wird, was man unter gleichen Verhältnissen in anderen Orten unter einem [illegible] eingerichteten Fischkorbbetrieb versteht. Ein Material genügend und leidliche Einrichtung und [illegible], so ist die Ansicht der jetzt arbeitenden Kollegen und nicht umgekehrt, wie es hier [illegible] der Leitung.

Gnoien (Mecklenburg). Auch hier wurde der Jahrestag der Revolution festlich begangen. Alle Gewerkschaften beteiligten sich daran, auch die Mitglieder unseres Verbandes. Zu wünschen wäre, daß unsere Kollegen stets auf dem Posten sind, wenn es gilt, ernste Arbeit zu leisten. Insbesondere ist es notwendig, die Mitgliederversammlungen regelmäßig zu besuchen.

Hindenburg. Am 8. November fand hier eine Konferenz der Modelltischler aus Oberschlesien statt, zu der aus dem ganzen Industriegebiet die Kollegen sehr zahlreich erschienen waren. Ein Beweis, daß das Interesse der Modelltischler an dieser Sitzung sehr groß war. Die Kollegen der einzelnen Betriebe erstatteten Bericht über die Tätigke[it] und die Zustände in denselben, die zu einer lebhaften Diskussi[on] führten. Auch ermahnte der Vorsitzende der Sektion d[ie] Obleute in den einzelnen Betrieben, ihre Tätigkeit voll un[d] ganz auszuüben. Die nächste Obmännerversammlung wurd[e] für den 25. November festgesetzt; sie soll in Königshütte i[m] Gewerkschaftshaus tagen.

Lenzkirch (Schwarzwald). Den Wert der Organisatio[n] haben die hiesigen Sägewerksarbeiter jetzt deutlich er[fahren.] Als im April dieses Jahres der Sägewerkstarif fü[r] Württemberg und Baden abgeschlossen war, hatten wir hi[er] nur vier Kollegen im Verband, trotzdem gelang es ihnen, fü[r] die gesamten Sägewerksarbeiter den abgeschlossenen Tarifver[trag] durchzuführen. Trotzdem der Tarif den Kollegen groß[e] Vorteile brachte, vermehrte sich die Zahl der organisierte[n] Kollegen zunächst nicht. Aber die wenigen Kollegen erlahmte[n] nicht in der Organisation. Der Erfolg blieb auch nicht au[s.] Die Mitgliederzahl stieg im Monat Oktober zusehends, un[d] Ende des Monats war der gesamte Betrieb restlos organisier[t.] In einer am 30. Oktober abgehaltenen Sägerversammlun[g] wurde über die inzwischen vereinbarten Zulagen gesprochen, di[e] am 1. September und am 15. Oktober fällig waren. Ein Ver[gleich] mit den bestehenden Löhnen ergab, daß nur ein kleine[r] Teil etwas über den im April vereinbarten Löhnen hatte. E[s] wurde beschlossen, mit dem Arbeitgeber in Verhandlung z[u] treten. Diese Verhandlungen fanden bereits am 31. Oktobe[r] statt und führten zur vollen Einigung. Nicht nur die Tarif[-] löhne wurden bewilligt, sondern auch die Nachzahlung de[r] bereits fällig gewesenen Zulagen. Den dadurch erzielten Lohn[-] aufschlag von durchschnittlich 45 Pf. pro Stunde werden di[e] Kollegen wohl zu würdigen wissen. Sie müssen sich aber auc[h] stets vor Augen halten, daß sie diesen Erfolg nur dem Deutsche[n] Holzarbeiter-Verband zu danken haben, und daß sie deshal[b] auch der Organisation stets die Treue bewahren müssen. Nu[r] durch festen Zusammenhalt können wir vorwärtskommen. Auc[h] die Kollegen in der hiesigen Uhrenfabrik haben erkann[t,] daß ihre Interessen in unserem Verband am besten gewahr[t] werden. Am 7. Juni erfolgte ihr Übertritt mit etwa zwöl[f] Kollegen vom christlichen Verband in den Deutschen Holz[-] arbeiter-Verband. Heute zählt unsere Zahlstelle über 80 Mi[t-] glieder.

Mannheim. (Stellmacher.) Eine vor kurzem abge[-] haltene Branchenversammlung beschäftigte sich mit dem Ver[-] halten unserer Zentralkommission. Es wurde bedauert, daß si[e] so wenig von sich hören läßt, trotzdem die Nachfrage nac[h] Arbeitskräften in unserem Beruf außergewöhnlich ist, woraus hervorgeht, daß die Konjunktur nicht schlecht ist. Leider stehe[n] unsere Kollegen dem völlig gleichgültig gegenüber, anstatt di[e] günstige Lage auszunützen. Selbstverständlich kann hierfür di[e] Zentralkommission nicht verantwortlich gemacht werden, abe[r] immerhin wäre es wünschenswert, wenn gerade von dieser Stelle aus ein Appell an die Kollegen im Reich erginge, [sich] etwas mehr zu betätigen, um auch in unserem Beruf die Kolle[-] gen auf eine höhere Stufe zu bringen. Vor dem Krieg [war] man von den Kollegen nichts Besseres gewöhnt, um so me[hr] sollte man jetzt erwarten, daß sie das Versäumte nachhole[n.] In den ersten Monaten nach der Revolution war es möglich, die Lage etwas zugunsten der Arbeiter auszunützen, was auc[h] da und dort geschehen ist. Heute aber stehen wir wieder [vor] einer geschlossenen Kapitalmacht, deshalb gilt es, die Organi[-] sationen auszubauen. Alle Kollegen müssen unserem Verband zugeführt werden. Von einzelnen Kollegen wird eine allge[-] meine Stellmacherkonferenz gewünscht. Gewiß, eine solche Zu[-] sammenkunft wäre schon von Nutzen, wenn die Kollegen auc[h] Taten folgen lassen würden. Dann müßten aber die Vor[-] arbeiten dazu recht bald in Angriff genommen werden, [um] etwas Ersprießliches dabei herauskommen. Auch die Einrich[-] tung von Zeichenkursen ist zu empfehlen, um den jungen Kolle[-] gen Gelegenheit zu geben, sich weiter auszubilden, da es ihnen durch die Teilarbeit unmöglich gemacht ist. Zweckmäßig wär[e] es, wenn die Zentralkommission die Kollegen im Reich auf[-] forderte, Berichte einzusenden; die Sektionen, die es unter[-] lassen, sollten öffentlich in der „Holzarbeiter-Zeitung" bekann[t-] gegeben werden.

Schmiedeberg (Bezirk Dresden). Eine von Erfolg gekrönte Arbeit hat die Arbeiterschaft der Firma Köster u. Co. in Naundorf bei Schmiedeberg geleistet. Hier ließen die Löhne und Arbeitsbedingungen, besonders bei den Arbeiterinnen, [noch] sehr viel zu wünschen übrig. Dies lag, wie in vielen andere[n] Fällen, hauptsächlich an der Arbeiterschaft selbst. Lohnzulagen müssen immer erst erkämpft werden. Eine durchgreifende Lohn[-] erhöhung kann man aber nur mit Hilfe der Organisation er[-] ringen. Das hat die Arbeiterschaft der genannten Firma auc[h] schließlich eingesehen. Viele vergebliche Schritte sind frühe[r] unternommen worden, die Organisation in diesen Betrieb hineinzutragen, erst der Krieg hat die Arbeiter hier umlerne[n] lassen. Aufgeklärt durch einige aus dem Felde heimgekehrte Kollegen, sehen sie ein, daß sie ohne den Verband nicht weiter[-] kommen konnten, und in kurzer Zeit waren alle organisier[t.] Durch mehrfache Verhandlungen ist es gelungen, seit April di[e] bestehenden Löhne bis zu 350 Prozent zu erhöhen und jetz[t] bei der letzten Verhandlung den Reichstarif für das deutsch[e] Holzgewerbe zur Anerkennung zu bringen. Somit ist nun de[r] Betrieb zu einem der besten in der hiesigen Umgegend z[u] rechnen. Es mag dies ein Ansporn für alle in noch rückstän[-] digen Betrieben Beschäftigten sein. Es sollte doch endlich alle[n] Arbeitern und Arbeiterinnen klar sein, daß ohne Organisatio[n] nichts mehr zu machen ist. Dies möchten wir vor allem de[r] Arbeiterschaft der Kistenfabrik von Ernst Walther in Schmiede[-] berg und der Klappermühle von Klemm in Obercarsdorf zu[-] rufen. In diesen Betrieben herrschen jetzt noch sehr traurig[e] Zustände. Es wäre die höchste Zeit, daß dort die Kollegen [sich] organisieren, um auch ihre Löhne den jetzigen Verhältnisse[n] anzupassen. Die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle ist [er-] freulicherweise so in die Höhe gegangen, wie wir es nie geglaubt hätten, aber trotzdem stehen immer noch Berufskollegen [abseits.] Dringend notwendig ist es auch, daß die Kollegen und [Kolle-] ginnen sich recht fleißig an den Mitgliederversammlungen [be-] teiligen, denn der Versammlungsbesuch läßt immer sehr [viel] zu wünschen übrig. Es ist nicht damit abgetan, daß man [im] Besitz des Mitgliedsbuches ist, man muß auch nach Kräften mit[-] arbeiten.

Unsere Lohnbewegung.

Ein Sägertarif für Thüringen.

Auch in Thüringen ist nach langer Arbeit und Mühe ein Tarif für die Sägereiarbeiter zustande gekommen. Viele Jahre waren alle Anstrengungen, die Sägereiarbeiter zur Organisation zu bewegen, umsonst gewesen. Nur da und dort waren Zahlstellen gegründet worden, welche dann versuchten, so gut es ging, die Lohnverhältnisse zu regeln.

Im Frühjahr 1919 machte sich eine lebhafte Bewegung unter den Sägern bemerklich. Die Arbeiter kamen zur Organisation und verlangten auch sofort eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Da und dort kam es zu Lohnbewegungen und Streiks. Der Versuch des Gauvorstandes, auf Grund gegenseitiger Verhandlung mit den Arbeitgebern zu Bezirksverträgen zu kommen, hatte aber keinen rechten Erfolg, weil die Unternehmer nicht organisiert waren und auch nicht zahlen wollten. Waren sie doch all die langen Jahre die niedrigen Löhne gewöhnt gewesen.

Infolge der dauernden Lohnbewegungen und Verhandlungen bildete sich eine Organisation der Thüringer Sägewerksbesitzer, als Untergruppe des Verbandes Thüringer Industrieller. Nach langer Verhandlung kam nunmehr ein Vertrag zustande, welcher sich in seinem Wortlaut genau an den in Sachsen eingeführten Sägertarif hält, weil in Zukunft für Sachsen und Thüringen ein gemeinsamer Vertrag gelten soll. Die Lohnsätze des sächsischen Tarifs müssen am 1. Januar 1920 erreicht sein. Die Einteilung der Orte erfolgt wie in Sachsen in fünf Klassen. Hoffentlich gelingt es, die noch fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen, damit auch für die Säger die Löhne gehalten werden können.

*

In Brandenburg ist der Streik durch Vermittlung des Oberbürgermeisters beigelegt. Es wurde ein bis zum 15. Februar 1920 geltender Ortsvertrag vereinbart, der sich an den Reichstarif anlehnt und dessen wesentlichste Bestimmungen übernimmt. Die Zulagen und Lohnsätze wurden höher normiert als im Reichstarif. Am 10. November wurde die Arbeit wiederaufgenommen.

In Breslau haben die Kollegen gemeinsam mit den Böttchern in der Faßfabrik Heine die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um Anerkennung der für Maschinen- und Hilfsarbeiter festgelegten Löhne. Die Firma hat es abgelehnt, mit Vertretern der Organisation zu verhandeln, auch ist sie der Ladung des Schlichtungsausschusses nicht gefolgt. Auch die Parkettleger bei der gleichen Firma befinden sich im Streik.

In Bünde und Stadthagen ist mit den Zigarrenkistenfabrikanten ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach eine Erhöhung der Löhne um 50 Prozent gewährt wird. Für **Minden** stellt sich die Lohnaufbesserung auf 30 Prozent.

In Coburg, Neustadt und Sonneberg sind die Tischler zwecks Durchführung des Reichstarifs in den Streik getreten. Die bisherigen Angebote der Unternehmer bei den Verhandlungen waren zu minimal und konnten nicht akzeptiert werden.

In Coswig (Anhalt) sind die Kollegen in den Ausstand getreten. Die Unternehmer lehnen die Anerkennung des Reichstarifs nach wie vor ab, sie wollen nur auf Grund des alten Tarifs 15 Pf. vom 1. November und weitere 10 Pf. vom 15. Dezember an bewilligen.

In Dessau ist nach Verhandlungen mit den Bürstenfabrikanten eine weitere Teurungszulage von 30 Prozent bewilligt worden.

In Eisenach sind in der Fahrzeugfabrik nunmehr sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden, darunter 121 Mitglieder unseres Verbandes. Verhandlungen mit der weimarischen Regierung sind im Gange. — In der Maschinenfabrik wurde die Arbeit am 5. November wiederaufgenommen, nachdem der Lohn von 1,95 Mk. auf 2,10 Mk. pro Stunde erhöht worden war. Über Anerkennung des Reichstarifs wird weiterverhandelt.

In Eitorf (Siegerland) ist es zum Streik gekommen, der aber nach kurzer Dauer mit Erfolg beendet wurde. Erzielt wurde ein Aufschlag von 50 Pf. pro Stunde.

In Halle ist in dem Stand der Dinge keine Änderung eingetreten. Die Unternehmer warten noch immer auf die Ausführung ihres Befehls, der die Arbeiter bis zum 10. November in die Werkstätte zurückrief. Sie werden noch weiter warten müssen. Auch die Mitglieder des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, die den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses anerkannt hatten, verweigern die Arbeitsaufnahme. Unsere Kollegen haben sich beschwerdeführend an das Reichsministerium des Innern und an das Arbeitsministerium gewendet. Sie verlangen dort eine Nachprüfung des Sachverhalts und die Aufhebung der ergangenen Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches. Dieser Eingabe hat sich auch der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein angeschlossen. Welchen Erfolg dieser Schritt zeitigen wird, läßt sich nicht voraussehen, jedenfalls sind unsere Kollegen nicht gewillt, zu den Bedingungen des Schiedsspruchs die Arbeit wiederaufzunehmen.

In Hamburg haben, wie bereits berichtet, die Kollegen am 8. November die Arbeit eingestellt. Das geschah in Verfolg des Beschlusses einer am 6. November abgehaltenen Versammlung, durch welchen die Betriebsdelegierten beauftragt wurden, sofort bei den einzelnen Arbeitgebern vorstellig zu werden und die Anerkennung des unveränderten Reichstarifs sowie einer ab 15. Oktober fälligen Teurungszulage von 75 Pf. zu verlangen. Inzwischen haben Verhandlungen stattgefunden, die aber zu keinem Ergebnis geführt haben. Doch mehren sich die Bewilligungen. Nach einer am 12. November getroffenen Feststellung sind die Forderungen in 102 Betrieben mit 759 Beschäftigten bewilligt. Im Streik stehen 621 Kollegen in 98 Betrieben.

In Hasselfelde weigerten sich die Inhaber der Sägereibetriebe, die im Harzer Sägereitarif festgesetzten Mindestlöhne zu zahlen. Verhandlungen führten zu keinem Resultat, darauf legten die Kollegen die Arbeit nieder. Bei der einen Firma kam dann eine Verständigung zustande, es wurden 15 Pf. pro Stunde Teurungszulage bewilligt, bei der anderen Firma dauert der Streik weiter.

In Helmstedt sind die Kollegen im Sägewerk von Gebr. Müller in den Streik getreten. Sie gehörten dem Fabrikarbeiter-Verband an und traten erst im Laufe des letzten Sommers zu uns über. Am 16. August wurde die Forderung auf Anerkennung des Harzer Sägereitarifs unter Einreihung Helmstedts in die Sonderklasse eingereicht. Die Firma verhielt sich ablehnend, sie glaubte, die Kollegen mit einer Lohnzulage von 10 Pf. und darauf nochmals mit 20 Pf. zufriedenstellen zu können. Der Lohn beträgt trotzdem erst 1,20 bis 1,50 Mk. pro Stunde. Die Kollegen bestehen auf Anerkennung des Tarifs und legten am 28. Oktober die Arbeit nieder.

In Hildesheim sind über 200 Kollegen in 60 Betrieben nach ergebnislosen Verhandlungen wegen Durchführung des Reichstarifs in den Streik getreten.

In Ketschendorf bei Fürstenwalde legten die Kollegen in der Schneidemühle Stier die Arbeit nieder, weil ihnen jede Lohnerhöhung verweigert worden war. Darauf erklärte sich der Unternehmer bereit, den Lohn von 1,48 Mk. auf 1,60 Mk. pro Stunde zu erhöhen. Mit der Bedingung, daß die weitere Regelung dem Schlichtungsausschuß überwiesen wird, nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf.

In Lemgo ist der mit den Möbelfabriken abgeschlossene Bezirkstarif allgemein anerkannt worden mit der Änderung, daß ab 15. September und 1. Dezember je 15 Pf. pro Stunde Zuschlag gezahlt werden.

In Löffingen bei Freiburg i. B. sind die Sägereiarbeiter der Firma Benz nach erfolglosen Verhandlungen in den Streik getreten. Es handelt sich um die Abwehr eines 33prozentigen Abzuges bei Akkordarbeit.

In Lötzen ist der Streik nach einigen Tagen beendet und die Arbeit am 18. Oktober wiederaufgenommen worden. Der Reichstarif gelangte zur Anerkennung mit Ausnahme der Punkte Ferien und Lehrlingsfrage, die bis zu den Verhandlungen im Frühjahr nächsten Jahres vertagt wurden.

In Lychen haben sich auf Veranlassung des Bürgermeisters die Inhaber der Sägereibetriebe nun doch zu Verhandlungen bereit erklärt, die aber noch nicht beendet sind.

In München ist der Streik beendet. Die Verhandlungen führten zur Fällung einer Reihe von Schiedssprüchen, die sich im allgemeinen an die Bestimmungen des Reichstarifs anlehnen. Die Arbeitszeit wird auf wöchentlich 44 Stunden festgesetzt. Ab 1. Dezember muß auf die im Reichstarif festgesetzten Durchschnittslöhne eine weitere Teurungszulage von 10 Pf. für Fach- und Hilfsarbeiter und von 5 Pf. für weibliche und jugendliche Arbeiter gezahlt werden. Die Arbeiter dürfen nach Beendigung der Arbeitszeit private Arbeiten nicht ausführen. Lehrlinge erhalten im ersten Jahr 6 Mk., im zweiten 12 Mk., im dritten Jahr 20 Mk., im siebenten Halbjahr 40 Mk. in der Woche. Der Tarifvertrag gilt bei sechswöchiger Kündigungsfrist bis 15. Februar 1920.

In Neusalz a. d. Oder haben die Verhandlungen zu dem Ergebnis geführt, daß eine Lohnerhöhung von 25 Prozent zugestanden wurde. Darauf wurde die Arbeit wiederaufgenommen.

In Nordhausen ist der Streik nunmehr beigelegt. Erreicht wurde ein Mindestlohn von 2 Mk., eine Teurungszulage von 25 Pf. pro Stunde sowie Ferien, wie sie im Reichstarif festgelegt sind.

In Northeim wurden zwecks Durchführung des Reichstarifs Verhandlungen mit den Arbeitgebern gepflogen, welche zu einem befriedigenden Resultat führten. Nach monatelangem Sträuben haben die Arbeitgeber ihr Zugeständnis zu den geforderten Löhnen gegeben. Unsere Löhne sind seit März fast um das Doppelte erhöht. Der Durchschnittslohn für Facharbeiter beträgt ab 15. November 2,15 Mk., ab 15. Dezember 2,20 Mk. und ab 15. Februar 1920 2,25 Mk. Nun liegt es an den Kollegen, das Errungene festzuhalten. An die Kollegen der umliegenden Zahlstellen, wie Uslar, Osterode und Einbeck, möchten wir das dringende Ersuchen richten, bei örtlichen Maßnahmen vorstehende Lohnsätze als Richtlinien anzunehmen, da die hiesigen Arbeitgeber sich stets auf deren niedrigen Löhne und die dadurch verursachte Konkurrenz berufen.

In Rostock und Warnemünde dauert der Streik fort, die inzwischen stattgefundenen Verhandlungen haben zu keinem Resultat geführt.

In Salzwedel ist mit der Firme Dietrich nunmehr eine Verständigung zustande gekommen, nachdem ein Schiedsspruch gefällt worden war, wonach bis 15. November die vereinbarte Lohnsumme nachzuzahlen ist. Die Bestimmungen über die Betriebsräte sind sinngemäß in den Tarif aufzunehmen. Die Arbeit wurde am 3. November wiederaufgenommen.

In Weida ist in Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Reichstarif nach der fünften Lohnklasse vollinhaltlich anerkannt worden.

In Zeulenroda und Triebes haben die Tischler, Bildhauer und Maschinenarbeiter in sämtlichen größeren Betrieben die Arbeit niedergelegt, da die Unternehmer die Anerkennung der Abschnitte XI und XII des Reichstarifs verweigerten. Wir sollten warten, was in Dresden auf der Konferenz herauskäme.

Aus der Holzindustrie.

Der deutsche Tischlertag.

So nennt sich die Generalversammlung des Bundes deutscher Tischlerinnungen, die am 31. Oktober zum 32. Male zusammentrat. Über die Verhandlungen, die in Berlin gepflogen wurden, bringt die „Fachzeitung" einen ausführlichen Bericht. Wir entnehmen demselben, daß der Vorsitzende des Bundes, Handwerkskammerpräsident Rahardt, die Bildung einer Interessengemeinschaft aller im Tischlergewerbe bestehenden Fachverbände anregte. Die verschiedenen provinziellen Innungsverbände sollen unter Wahrung ihrer Selbständigkeit ein Kartell bilden, um so im neugegründeten Reichsverband des deutschen Handwerks besser zur Geltung zu kommen. Herr Rahardt erinnerte dabei an das Verhalten der Schwerindustrie, die uns schwere Vorwürfe machte, daß wir mit den Arbeitern Tarifverträge schlossen und Arbeitsgemeinschaften bildeten, und die schon vier Tage nach der Revolution den Schein ihrerseits machte, zu dem wir 15 Jahre der Entwicklung gebraucht hatten". Herr Rahardt hätte hinzufügen können, daß auch er ursprünglich große Neigung bekundet hat, dem Beispiel der schwerindustriellen Scharfmacher zu folgen, und daß er nur durch die Macht des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes dazu gezwungen wurde, den Weg der Verständigung mit den Arbeitern zu gehen. Es muß ihm aber auch zugestanden werden, daß er dann den einmal als richtig erkannten Weg konsequent verfolgt hat. Ob die heutige Haltung des Arbeitgeber-Schutzverbandes in der Frage des Reichstarifs den Auffassungen des Gründers und früheren Vorsitzenden dieser Organisation entspricht, wollen wir nicht entscheiden. — Die Gründung des Kartells wurde, nachdem unter andern auch der Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Tischlerinnungsverbandes seine Zustimmung erklärt hatte, einstimmig beschlossen. Für den Arbeitgeber-Schutzverband glaubte dessen Vertreter, Herr Schwenke, den Beitritt in sichere Aussicht stellen zu können.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Lehrlingsfrage ein, über die der Syndikus der Berliner Handwerkskammer, Dr. Heinzig, referierte. Er beschäftigte sich unter anderem mit den Beschlüssen des Nürnberger Gewerkschaftskongresses in der Lehrlingsfrage, die in den Reihen der Arbeitgeberschaft Beunruhigung hervorgerufen haben. Als gänzlich ausgeschlossen bezeichnete er es, die Ideen des Gewerkschaftskongresses in die Praxis umzusetzen. Die Beschlüsse des Reichsverbandes des deutschen Handwerks müßten maßgebend sein. Hiernach sei unbedingt an der Meisterlehre festzuhalten. Die Innungsorganisationen sollen für die Regelung des Lehrlingswesens grundsätzlich zuständig bleiben. Einer Reform des Lehrlingswesens unter Mitwirkung der Arbeiterschaft auf paritätischer Grundlage hat der Reichsverband zugestimmt, aber gleichzeitig erklärt, daß jede Übereilung der gesetzlichen Neuregelung unbedingt zu vermeiden ist. Die Herrschaften huldigen in dieser Frage dem Grundsatz: Zeit gewonnen, alles gewonnen. Es wird ihnen aber nicht helfen. Die Neuregelung der gesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen unter Anerkennung des Mitwirkungsrechts der Gewerkschaften ist eine dringende Notwendigkeit, die keinen Aufschub verträgt. Eine im Sinne der Ausführungen des Referenten gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen. Bemerkenswert aus der Diskussion ist eine Erklärung von Rahardt, der die auf paritätischer Grundlage erfolgende Reform des Lehrlingswesens als ein notwendiges Übel bezeichnete, dem man nur zustimme, um nicht das Heft aus den Händen zu geben. Damit ist die Stellung der Innungsmeister ganz richtig gekennzeichnet; sie betrachten die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Regelung des Lehrlingswesens im Grunde als ein Übel, aber sie werden sich trotzdem daran gewöhnen müssen.

Im Zusammenhang mit dieser Frage wurde noch darüber gesprochen, wie es unter der Herrschaft des Achtstundentages mit dem Aufräumen der Werkstatt durch den Lehrling zu halten sei. Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Weinland (Berlin), meinte, daß dies erst nach Beendigung der achtstündigen Arbeitszeit möglich und der Lehrling dazu durch den Lehrvertrag verpflichtet sei. Diese Auskunft ist natürlich falsch. Der Achtstundentag ist eine gesetzliche Einrichtung, die entgegenstehende Bestimmungen des Lehrvertrages ungültig macht. Herr Dr. Heinzig glaubte durch einige juristische Deduktionen die knifflige Frage lösen zu können. Da seine Mitteilung richtig ist, daß die Regierung den Achtstundentag für die Handwerksbetriebe nicht für angängig erachte, und daß sie am Werke sei, ihn für diese erträglich zu machen, möchten wir vorerst bezweifeln. Er führte dann aus, daß der Achtstundentag eine ununterbrochene Arbeitszeit von acht Stunden im Auge habe. Das ist seiner Meinung nach der Angelpunkt, mit dessen Hilfe man die Lehrlinge länger beschäftigen könne, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen. Die ununterbrochene achtstündige Arbeitszeit gelte nur für erwachsene Arbeiter, nicht aber für Lehrlinge. Für diese bestehe gar keine geschlossene achtstündige Arbeitszeit, daher habe der Meister das Recht einer andersartigen Berechnung der Stunden. Dieser Grundsatz werde von jedem Richter anerkannt werden müssen.

Wir vermuten, daß unter den Teilnehmern des Innungstages mancher über diese Weisheit des gelehrten Doktors den Kopf geschüttelt hat. In der Verordnung über den Achtstundentag ist weder die Rede davon, daß er nur für Erwachsene gilt, noch daß die tägliche Arbeitszeit ununterbrochen acht Stunden betragen soll. In der Verordnung vom 23. November 1918 wird einfach gesagt, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf. Damit fällt die Deduktion des Herrn Syndikus in sich zusammen. Seine Grundsätze kann kein Richter anerkennen, und der Meister, der etwa im Vertrauen auf den Syndikus seinen Lehrling über die achtstündige Arbeitszeit hinaus mit dem Aufräumen der Werkstatt beschäftigt, dürfte vor Gericht üble Erfahrungen machen.

Erwähnt sei schließlich, daß der Beitrag zum Innungsbund von 30 Pf. auf 2 Mk. pro Innungsmitglied und Jahr erhöht wurde. Zum Bundesvorsitzenden wurde Herr Rahardt wiedergewählt.

Die mecklenburgischen Tischlermeister und die Regelung des Lehrlingswesens.

Der Tischler-Innungsverband für beide Mecklenburg hielt am 19. Oktober in Güstrow eine Versammlung ab, in der er sich auch mit dem Lehrlingswesen beschäftigte. Der Artikel über die Reform des Lehrlingswesens in Nr. 42 der „Holzarbeiter-Zeitung" bildete die Grundlage der Verhandlung. Sehr unangenehm waren die Herren davon berührt, daß dort verlangt wird, den Innungen und Handwerkskammern die Sonderrechte zu nehmen, welche ihnen die Gewerbeordnung in der Regelung des Lehrlingswesens zuweist, weil die Innungsorganisationen im allgemeinen nichts getan haben, was sie des eingeräumten Vorrechts würdig erwiesen hätte. Wie sehr unser Verlangen berechtigt ist, beweisen die wackeren Innungsmänner gleich selbst. Sie regten sich darüber auf, daß der Gewerbeschulunterricht in die Tagesstunden verlegt wird, und beschlossen einstimmig die folgende Resolution:

„Der Verbandstag Mecklenburgischer Tischler-Innungen in Güstrow nimmt mit dem größten Bedauern von den regierungsseitig erlassenen Vorschriften über die Festsetzung der Zeit des Gewerbeschulunterrichts Kenntnis. Durch diese Vorschriften wird die Ausbildung der Lehrlinge gehemmt. Der Wiederaufbau Deutschlands wird

dadurch erheblich geschädigt, denn das Handwerk hat bis jetzt die besten Kräfte nicht allein seinem Stande, sondern auch der Industrie zugeführt. Es sind die großen Erfolge der deutschen Industrie durch die sorgfältige Lehrlingsausbildung zu einem erheblichen Teil dem Handwerk zu verdanken."

Und da wundern sich die Innungsherren noch, wenn man sie als ungeeignet betrachtet, die Regelung des Lehrlingswesens in die Hand zu nehmen.

Die Holzschnitzer im Berner Oberland.

Allgemein bekannt sind in Berufskreisen die jämmerlichen Zustände der Holzschnitzer, wie sie im Berner Oberland waren. Aber auch jetzt scheint die neue Zeit dort noch nicht eingezogen zu sein, wenn wir einem Eingesandt in der schweizerischen „Holzarbeiter-Zeitung" Glauben schenken dürfen. Es heißt da, daß ein Schnitzer des Berner Oberlandes, der nicht gleichzeitig Landwirtschaft mit betreibt, es nie auf einen grünen Zweig bringt. Notwendig wäre eine straffe oberländische Holzarbeitergewerkschaft. Also auch diese scheint noch nicht mal vorhanden zu sein. Interessant ist der kurze historische Rückblick, der bei der Gelegenheit gegeben wird. Die Holzschnitzerei im Berner Oberland sei vor mehr als 100 Jahren ins Leben gerufen worden, und zwar in Brienz. Es wurden zunächst ganz einfache Sachen geschnitzt, wie Salatbestecke, Milchlöffel u. a. Diese Sachen wurden von den Verfertigern in der Bütte auf dem Rücken selbst über Land befördert, bis Fabrikanten auch das kapitalistisch ausbeuteten. Inzwischen hatte sich dieser Berufszweig über weitere schweizerische Gebiete ausgedehnt, von Brienz nach Brienzweiler, Hofstetten, Schwanden, bis ins ganze Oberhasli, und die Uhrgehäuseindustrie entstand mit zum Teil in vollendeter Schnitztechnik ausgeführten Blumen, Tieren und sonstigem figürlichen Beiwerk.

Gewerkschaftliches.

Ein Tarifvertrag für den Ruhrbergbau.

Man muß sich den schroffen Herrenstandpunkt vergegenwärtigen, den die Zechenherren bisher stets den Bergarbeitern gegenüber eingenommen haben, um die Bedeutung des Tarifvertrags voll zu würdigen, der am 25. Oktober für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier abgeschlossen wurde. Es handelt sich nicht nur um die vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für 425 000 Bergarbeiter, durch den Vertragsabschluß ist erst die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Zechenbesitzer tatsächlich vollzogen. Der Tarifvertrag setzt die Arbeitszeit für die Untertagarbeiter auf sieben Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt fest und sieht kürzere Schichtzeiten für Arbeitspunkte mit höherer Temperatur vor. Die im Vertrag festgesetzte Art der Lohnberechnung sichert in weit höherem Maße, als das bisher der Fall war, die Arbeiter vor Übervorteilung. Im allgemeinen werden die Löhne um durchschnittlich 4 bis 6 Mk. pro Schicht erhöht. Auf die einzelnen Bestimmungen des Vertrages kann hier nicht eingegangen werden; erwähnt sei nur, daß er u. a. auch Ferien auf die Dauer von 3 bis 6 Tagen vorsieht.

Bemerkenswert ist die Entscheidung über das Geltungsbereich des Vertrages, die auf Ansuchen der Parteien vom Reichsarbeitsminister gefällt wurde. Diese Entscheidung lautet:

„Der Tarifvertrag vom 25. Oktober 1919 gibt, wie alle Tarifverträge, Rechtsansprüche nur den Mitgliedern der vertragschließenden Verbände, keinesfalls aber auch Außenstehenden, soweit er nicht für allgemeinverbindlich erklärt ist."

Auf diese Entscheidung, die von beiden Parteien anerkannt ist, legen offenbar die Bergarbeiter großen Wert. Man rechnet jedenfalls damit, daß sie die Außenstehenden veranlassen wird, der Organisation beizutreten, um in den Genuß der höheren Löhne zu kommen. Die Entscheidung entspricht auch dem gesetzlichen Zustand, wie er durch die Verordnung über die Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 geschaffen ist. Hiernach sind eben nur die Tarifverträge allgemeinverbindlich, für welche die Verbindlichkeit nachgesucht und bewilligt wurde, alle übrigen Verträge gelten nur für die Mitglieder der vertragschließenden Organisationen. Unorganisierte Arbeiter können aus den Vertragsbestimmungen keine Rechtsansprüche herleiten.

Das ist ein Zustand, der auch seine Schattenseiten hat. Er kann unter Umständen dazu führen, daß die Unorganisierten bei der Einstellung von Arbeitskräften gegenüber den Organisierten bevorzugt werden, da sie ja keinen Anspruch auf die Gewährung der tariflichen Arbeitsbedingungen haben. Allerdings kommt hierbei noch ein Moment in Betracht, das auch hinsichtlich des Tarifvertrages für den Bergbau nicht übersehen werden darf. Der Tarifvertrag gibt dem unorganisierten Arbeiter keinen Rechtsanspruch, er verpflichtet aber den organisierten Unternehmer. Dieser muß die Vertragsbestimmungen auch dem Arbeiter gegenüber innehalten, der nicht Mitglied der vertragschließenden Organisation ist.

Bei dieser Gelegenheit sei noch bemerkt, daß ein Unternehmer sich nicht etwa durch Austritt aus seiner Organisation ohne weiteres der Erfüllung der Vertragspflichten entziehen kann. Auch die Verträge, die nicht als allgemeinverbindlich erklärt sind, verpflichten alle Personen, die Mitglieder der vertragschließenden Vereinigung sind oder bei Abschluß des Arbeitsvertrages gewesen sind. Das besagt, daß ein aus seiner Organisation austretender Unternehmer zum mindesten den Arbeitern gegenüber, die zur Zeit seines Austritts bei ihm beschäftigt waren, die Erfüllung der Vertragspflichten schuldig ist.

Internationale Konferenz der Staats- und Gemeindearbeiter.

Die Konferenz war noch Anfangs April einberufen worden und nahm einen harmonischen Verlauf, trotzdem auch dort bei der Debatte über den Geschäftsbericht die Geister heftig aufeinanderprallten. Vertreten waren außer Deutschland noch Holland, Belgien, Österreich, England, Schweden, Norwegen, Dänemark. Die französischen und belgischen Vertreter brachten die Deportation belgischer Arbeiter während des Krieges zur Sprache. Seitens der deutschen Delegation wurde das dahin aufgeklärt, daß die Deportation der Belgier als Handlungsweise der alten deutschen Regierung nicht nur von der Arbeiterklasse, sondern auch von weiten Kreisen des Bürgertums verdammt worden sei. Die deutschen Gewerkschaften haben gegen den Skandal Stellung genommen, soweit die Zensur es zuließ. Den Bemühungen der Generalkommission ist es gelungen, für viele Tausende die Deportation rückgängig zu machen. Jetzt müsse ein gemeinsamer Kampfboden für die Arbeiter aller Länder gefunden werden, um auf internationaler Basis den Kampf führen zu können gegen Kapitalismus und Militarismus. Seitens der englischen und skandinavischen Vertreter wurde erklärt, daß es unzweckmäßig sei, Schuldfragen nach rückwärts zu richten, jetzt müsse für die Zukunft gemeinschaftliche Arbeit verrichtet werden. Der Geschäftsbericht des internationalen Sekretärs, Alwin Mohs, wurde gutgeheißen, die Franzosen und Belgier enthielten sich der Stimme. Der Sitz des Sekretariats wird nach Amsterdam verlegt, der Beitrag wird auf 5 Pf. pro Jahr und Mitglied festgesetzt.

Der französische Gewerkschaftskongreß.

Dieser Kongreß fand in der dritten Septemberwoche 1919 in Lyon statt. Als Höhepunkt kann wohl die Rede Merrheims, des Sekretärs des französischen Metallarbeiter-Verbandes, betrachtet werden. Er sprach von der ungeheuerlichen Unmoral, von der die Völker durch den Krieg erfaßt seien. Alle schlechten Instinkte und Begehrlichkeiten seien aufgestachelt. Auch in der Arbeiterklasse seien Ideale verlorengegangen. Revolutionäre Phrasen herrschen vor: an Stelle der Tat seien Worte getreten. Dem müsse energisch entgegengearbeitet werden, damit die Reaktion nicht abermals ein Jahrhundert lang triumphiert auf den Trümmern der revolutionären Arbeiterbewegung. Der Kongreß beschäftigte sich überwiegend mit rein politischen Fragen, was auch aus dem Programm für die Richtlinien der künftigen Tätigkeit der französischen Gewerkschaftszentrale hervorgeht. Gefordert wird die vollständige Umwandlung der bestehenden Gesellschaftsordnung, alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorrechte seien aufzuheben. Als Mittel zur Erreichung dieser Ziele wurde der allgemeine Streik empfohlen, ferner bekannte sich der Kongreß zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und sprach seine Sympathie für die russische Revolution aus. Als einzige praktische gewerkschaftliche Tätigkeit ist zu betrachten, daß die Organisation der Gewerkschaftszentrale durch einen wirtschaftlichen Arbeitsrat verstärkt wurde.

Christliche Steinarbeiter.

Eine besondere Organisation christlicher Steinarbeiter ist auf der sechsten Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Keram- und Steinarbeiter Deutschlands vom 5. bis 8. Oktober d. J. in Aschaffenburg ins Leben gerufen worden, mit dem Namen „Berufsverband deutscher Steinarbeiter" und dem Sitz in Berlin. Er soll bereits 16 000 Mitglieder umfassen, gegenüber dem Deutschen Steinarbeiter-Verband, Sitz Leipzig, allerdings eine kleine Zahl. Immerhin bleibt die Zersplitterung bedauerlich. Der neue Verband hat sich mit dem Berufsverband deutscher Keramarbeiter, dem Berufsverband deutscher Glasarbeiter, dem Gewerkverein deutscher Ziegler und dem Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter zu einer Interessengemeinschaft verbunden.

Der Landarbeiter-Verband ist noch in andauerndem Wachstum begriffen, und er hat in seiner Mitgliederzahl bereits die meisten anderen Gewerkschaften überflügelt. Von Monat zu Monat meldet er eine Zunahme um 50 000 Mitglieder. Die Novembernummer des Verbandsorgans berichtet, daß der Mitgliederstand 500 000 beträgt.

Unternehmerbewegung.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks.

Am 16. Oktober ist in Hannover der Reichsverband des deutschen Handwerks gegründet worden. Es handelt sich um einen Zusammenschluß der Verbände der Handwerker, die sich auf diesem Wege einen größeren Einfluß im Wirtschaftsleben sichern und gewissermaßen ein Gegengewicht gegen die großen Organisationen der Industriellen und des Handels bilden wollen. Als Mitglieder des Reichsverbandes gelten nach dem beschlossenen Statut: 1. die im Handwerks- und Gewerbekammertag vereinigten Handwerks- und Gewerbekammern; 2. die sich über das Reichsgebiet erstreckenden Innungsverbände und sonstige Fachverbände des selbständigen Handwerks oder deren Kartelle; 3. die Zentralverbände der gewerblichen Genossenschaften; 4. der Verband deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen. Jede dieser vier Gruppen ist in der Vollversammlung, dem Ausschuß und dem Vorstand im Verhältnis zu ihrer Stärke vertreten. Dem siebengliedrigen Vorstand gehört als Vertreter der ersten Gruppe neben dem Vorsitzenden des Handwerkskammertags, Plate (Hannover), auch der Berliner Obermeister Rehardt an. Geschäftsführer des Reichsverbandes, der seinen Sitz in Hannover hat, ist der Geschäftsführer des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages, Dr. Meusch (Hannover).

Im Lager der Handwerker herrscht ob des gelungenen Zusammenschlusses großer Jubel. Um die Bedeutung der Gründung ins rechte Licht zu rücken, wird ausgerechnet, daß der Reichsverband 250 000 Handwerksmeister mit 3½ Millionen Gesellen und Lehrlingen umfaßt und mit deren Familienangehörigen etwa den sechsten Teil der gesamten deutschen Bevölkerung darstellt. Wir wollen die Richtigkeit der angegebenen Zahl der Handwerksmeister nicht nachprüfen, aber was in dieser Rechnung die angeblich 3½ Millionen Gesellen und Lehrlinge besagen sollen, ist schwer zu erkennen. Wenn sich die Handwerksmeister durch die Gründung wirklich so stark fühlen, dann könnten sie sich das Spiel mit den Zahlen der Gesellen und Lehrlinge sparen, denn diese kommen doch für die Bestrebungen der Handwerksmeister nicht in Betracht.

Unter den Aufgaben des Reichsverbandes ist im Statut auch genannt „die Herbeiführung einer Gemeinschaftsarbeit mit den Arbeitnehmern des Handwerks", doch wird nicht des näheren dargelegt, wie man sich die Lösung dieser Aufgabe denkt. Bei dem Zusammenwirken der Arbeiter und der Unternehmer in den Tarif- und Arbeitsgemeinschaften ist es nur denkbar, daß den Gewerkschaften auf der einen Seite eine Vertretung der Unternehmer auf der andern Seite entgegentritt. Von verschiedenen Abmachungen, die etwa die Gewerkschaften mit den Industriellen und mit den Vertretern des Handwerks und des Kleingewerbes treffen, kann natürlich keine Rede sein. Wenn aber die Handwerker durch den Reichsverband auf eine stärkere Berücksichtigung ihrer Sonderinteressen in den Vertretungen der Unternehmer wirken wollen, dann ist das eine Angelegenheit, die uns als Arbeiter nicht unmittelbar berührt.

Die Handwerkerorganisation und die Regelung des Lehrlingswesens.

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag hat an das Reichsarbeitsministerium eine Eingabe gerichtet, in welcher verlangt wird, eine Entscheidung dahin zu treffen, „daß in Tarifverträgen Bestimmungen über das Lehrlingswesen unzulässig sind und in bereits abgeschlossenen Tarifverträgen der Rechtswirksamkeit entbehren". In der Begründung dieses Antrages wird u. a. gesagt, daß „die Verhältnisse des Handwerks sich auch bezüglich der Regelung des Arbeitsrechts nicht mit denen der Industrie vergleichen lassen. Das Handwerk hat in der Gesetzgebung aller Zeiten eine Sonderbehandlung erfahren, die seinem Wesen und seinen Interessen entspricht und ihm den Schutz gewährt, den es wie jeder andere Erwerbsstand unbedingt braucht".

Die Behauptung, daß das Handwerk in der Gesetzgebung aller Zeiten eine Sonderbehandlung erfahren habe, ist eine Übertreibung, über welche wir aber mit den Innungsmeistern nicht weiter rechten wollen. Tatsache ist jedoch, daß sich die Handwerkerorganisationen in dem geltenden Recht, der Gewerbeordnung, einer Vorzugsbehandlung erfreuen. Eine sachliche Berechtigung dafür ist nicht vorhanden. Die Handwerkergesetzgebung ist das Produkt einer reaktionären Zeitströmung, welche sich der wirtschaftlichen Entwicklung gewaltsam entgegenstemmen wollte. Ein berechtigter Grund für die Konservierung dieser Gesetzgebung läßt sich beim besten Willen nicht geltend machen. Das alte Regime konnte sich auf den Standpunkt stellen, daß es im Interesse des Staatswohls, wie es von den Herrschenden aufgefaßt wurde, liege, daß eine Bevölkerungsschicht künstlich erhalten werde, die ein starkes Interesse an der Konservierung der bestehenden Zustände hat. Diese politischen Erwägungen, aus denen die Handwerkergesetzgebung geboren wurde, haben aber heute jede Berechtigung verloren.

Was nun die Wünsche der Handwerkerorganisationen hinsichtlich des Lehrlingswesens anlangt, so will die „Fachzeitung" erfahren haben, das Arbeitsministerium stehe auf dem Standpunkt, daß die Gewerbeordnung zurzeit noch die Grundlage für die Regelung des Lehrlingswesens sei, es will aber durchsetzen, daß in materieller Beziehung der Tarifvertrag das Lehrlingswesen neuzeitlich regeln solle. Diese Annahme dürfte zutreffen. In der Tat muß man sich, wie die „Fachzeitung" melancholisch bemerkt, darauf gefaßt machen, daß die Wünsche der Gewerkschaften auf diesem Gebiet von maßgebender Seite Unterstützung finden. Diese Wünsche gehen dahin, daß das Wohl der Jugend und des gewerblichen Nachwuchses nicht länger mehr dem Vorteil selbstsüchtiger Handwerker nachgestellt werde. Auch für die Regelung des Lehrlingswesens sind die Gewerkschaften ein den Unternehmerorganisationen gleichberechtigter Faktor, und die Bemühungen der Unternehmer, Bestimmungen über die Regelung des Lehrlingswesens aus den Tarifverträgen fernzuhalten, sind ein Kampf gegen Windmühlenflügel, in welchem die Handwerkerorganisationen keine Lorbeeren ernten können.

Eingesandt.

Die Stellung der Modelltischler zur Akkordarbeit.

Da anscheinend die Akkordarbeit in den Großbetrieben nächstens wiedereingeführt werden soll, ist es notwendig, unserseits dazu Stellung zu nehmen. Reine Akkordarbeit ist für Modelltischler schlechterdings unmöglich, weil nie oder höchst selten genau gleiche Arbeiten angefertigt werden. Wenn ein gleiches Modell gebraucht werden soll, so braucht es nämlich nicht gemacht zu werden, da jede Maschinenfabrik oder Schiffswerft alle Modelle sorgfältig aufbewahrt. Das benötigte Modell wird also vom Modellboden geholt und nach Instandsetzung benutzt. Auch bei geringen Abweichungen wird ein vorhandenes Modell benutzt und dementsprechend geändert und repariert. Diese beiden Arbeitsarten nehmen aber schon einen erheblichen Teil der in einer Modelltischlerei zu leistenden Arbeit ein, besonders in einer älteren Schiffswerft. Für Akkordarbeit ist diese Tätigkeit direkt ungeeignet und unmöglich. Bleiben noch die neu anzufertigenden Arbeiten. Ist ein annähernd ähnliches Modell vorhanden, das einen Vergleich zuläßt, so kann auf Grund dessen verhandelt werden. Die Mehr- oder Wenigerkosten lassen sich aber nie zweifelsfrei angeben, und Meinungsverschiedenheiten und Reibereien hierüber zwischen Meister und Gesellen sind immer möglich. Bei völligen Neukonstruktionen, wo kein Vergleich angebracht ist, ist man genötigt, den zur Herstellung des Modells benötigten Zeitaufwand von der Zeichnung an festzustellen. Wie schwierig auch dies ist bei der Kompliziertheit dieser Arbeiten, besonders bei größeren Stücken, weiß jeder Fachmann. In den seltensten Fällen trifft man es richtig. Um vorsichtig zu gehen, wird der Preis meistens zu niedrig bemessen, und der Meister muß dann wohl oder übel etwas draufzahlen, was er dann gewöhnlich als eine gewisse Gnade seinerseits betrachtet. Bleiben nur noch einige kleinere gangbare Modellarten übrig, höchstens 5 bis 10 Prozent der insgesamt herzustellenden Arbeiten, für welche sich ein einigermaßen gerechtes Akkordsystem ausarbeiten ließ, für die es aber wahrhaftig nicht lohnt, sich überhaupt erst mit diesem System abzugeben. Es kommt noch ein weiteres hinzu. Wie allgemein bekannt ist, werden an die Kollegen dieser Branche besonders in geistiger, aber auch in körperlicher Hinsicht so große Anforderungen gestellt, daß direkt unnötiger Raubbau mit ihrer Arbeitskraft getrieben wird, wenn sie auch noch mit dem nervenzerrüttenden und aufreibenden Akkordsystem belastet werden.

Die Eigenartigkeit des Berufs bringt es mit sich, daß jeder Angehörige desselben sein eigner Maschinenarbeiter ist. Als solcher ist er an vielen Tagen stundenlang tätig. Meistens ist nun bei 20 bis 30 und mehr Gesellen nur eine Maschine jeder Sorte vorhanden, und so jagt der eine den andern; bei Akkordarbeit naturgemäß mehr als sonst. Aus meiner eigenen Praxis

während der Kriegszeit kann ich mitteilen, daß in einer größeren Werkstatt innerhalb eines Jahres auf diese Weise mindestens 8 bis 10 Unfälle, teils schwererer, teils leichterer Natur, passiert sind. Meistens an der Abrichthobelmaschine oder der Bandsäge. Es läßt sich mit ziemlicher Bestimmtheit behaupten, daß ohne Akkordarbeit etwa zwei Drittel dieser Unfälle verhütet worden wären. Bei der Gefährlichkeit dieser Holzbearbeitungsmaschinen sollte jegliche Akkordarbeit an denselben gesetzlich verboten werden.

Alle anderen Gründe, die sich noch anführen ließen, treffen mehr oder weniger wohl auch auf andere Branchen zu. Deshalb braucht davon hier auch nicht die Rede zu sein. Die angeführten Beweise werden auch wohl vollständig genügen, die in Frage kommenden Faktoren davon zu überzeugen, daß die Modelltischler in der Akkordfrage eine Sonderstellung einnehmen, und daß deren Forderung auf Lohnarbeit gerecht ist. Selbstverständlich aber darf damit eine schlechtere Entlohnung derselben als die der anderen im selben Betrieb beschäftigten Arbeiter nicht verbunden sein. Zur Klarstellung dieser Angelegenheit und zu deren Durchführbarkeit notwendigen Maßnahmen wäre es notwendig, dazu eine Branchenkonferenz einzuberufen, um diese Sache zu beraten. Zunächst würde wohl eine Bezirkskonferenz der Werftorte genügen, da diese Angelegenheit daselbst vorläufig nur in Betracht zu kommen scheint.

Ernst Gräfe, Modelltischler, Flensburg.

Zur Stellmacherkonferenz.

Unser ehemaliger Vorsitzender, der Kollege Leipart, sagte in seinem Schlußwort auf der Stellmacherkonferenz in Berlin 1911, es müsse mit dem Teufel zugehen, wenn sich nicht die Zahl der organisierten Stellmacher in kurzer Zeit verdoppeln sollte; so stark glaubte er die Delegierten dieser Konferenz mit Agitationsmaterial ausgerüstet. Bis zu Anfang des Krieges hat man jedoch von einer Verdoppelung wenig gemerkt, aber auch nichts von einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der Stellmacher. Nach dem Krieg nun sind unsere Reihen wohl mehr als doppelt verstärkt worden, doch die Lage ist heute noch dieselbe. In den acht Jahren, die seit der Konferenz verflossen sind, hat der Krieg wohl ein gut Teil beigetragen, die neue Entwicklung in der Technik des Stellmachers schneller vorwärtszutreiben. Vor allem das Flugwesen, welches damals noch in den Versuchsschuhen steckte, hat großen Umfang angenommen, und eine Menge Kollegen sind in diesem Industriezweig beschäftigt. Auch der Karosseriebau hat andere Formen angenommen. Die Kollegenschaft hat es mit einer organisierten Unternehmerschaft zu tun, die sich wieder größeren Industrieverbänden angeschlossen hat. Um diesen bei Tarifabschlüssen wirksam gegenübertreten zu können, muß unsere Zentralkommission wieder errichtet werden. Das Fachblatt muß mehr für den Stellmacher ausgebaut werden. Die Vielseitigkeit des Stellmachers verdient mehr Beachtung. Vor allen Dingen sollte uns auch die Lehrlingsfrage beschäftigen. Darum glaube ich, daß für uns eine Konferenz nach dem Herzen Deutschlands sehr wichtig ist.

K. Kühne (Leipzig).

Maschinenarbeiter-Sektionen

und Zahlstellenverwaltungen im Bereich der Sektion IX der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaften werden ersucht, ihre Adresse sowie die Zahl der Betriebe umgehend an die Vorortsektion Köln a. Rh. einzusenden.

Die Vorortsektion.
J. A.: Ludwig Engel, Köln a. Rh., Zülpicher Wall 28, III.

In englischer Gefangenschaft.

Von einem Kollegen (Bildhauer) wird uns geschrieben:

Ich wurde am 24. April 1917 beim Infanterie-Regiment 457 bei Cambrai, wo wir vor der Siegfriedstellung auf Vorposten lagen, von den Engländern gefangengenommen. Nur dadurch, daß man sich bis aufs letzte ausplündern ließ, konnten wir unser Leben erkaufen. Unsere Unterbringung hinter der Front war nicht die beste. Dann wurden wir nach Havre und nach einigen Tagen auf einem Munitionsdampfer nach England transportiert. In Southhampton verblieben wir kurze Zeit, dann kamen wir nach dem Gefangenenlager Frongoch in North-Wales. Am 24. April 1918 wurde ich mit anderen Kameraden nach der Kanalinsel Jersey gesandt. Dort waren nur Unteroffiziere untergebracht. Gearbeitet brauchte laut Gegenseitigkeitsvertrag nicht zu werden. Das Klima auf der Insel ist sehr warm, weil der Golfstrom dort vorüberfließt. Der Winter besteht nur aus Regenwetter. Erst im letzten Sommer wurde uns Gelegenheit gegeben, unter militärischer Begleitung spazierenzugehen.

Über die Behandlung konnte man im allgemeinen nicht klagen. Was uns am meisten bedrückte, das war, daß wir die Freiheit entbehren mußten. Das hatte zur Folge, daß so mancher körperlich und seelisch zusammenbrach.

Nach und nach wurde das Leben aber doch erträglicher. So wurde für Weiterbildung in den verschiedensten Fächern durch dazu befähigte Kameraden gesorgt. Man konnte sich in verschiedenen fremden Sprachen vervollkommnen, es wurde Rechnen, Stenographie, Buchführung und Bauschach gelehrt. Turn-, Sport-, Gesang- und Musikvereinigungen trugen zur Abwechslung bei.

Dann kam die Erlösung, es ging der Heimat zu. Wir wurden mit einem deutschen Schiff von Jersey abgeholt, Tausende von Menschen sahen unserer Abfahrt zu. Irgendwelche feindliche Stimmung war nicht zu bemerken. In Cuxhaven wurden wir am 8. Oktober festlich empfangen. Groß war die Freude bei allen, wieder deutschen Boden zu betreten. Nun heißt es, wieder tüchtig sein, zunächst im Beruf, dann aber auch der Organisation seine Kräfte zur Verfügung stellen.

A. K.

Literarisches.

Die angezeigten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Fachblatt für Holzarbeiter. Das Novemberheft veröffentlicht Arbeiten des Kreis-Architekten Jensen, der aus einer Werkstatt im kleinen Städtchen Hohenwestedt hervorgegangen sind. Die Abbildungen von Herren- und Speisezimmermöbeln lassen erkennen, daß auch in solch kleinen Orten Hervorragendes geleistet wird. Ein Artikel des Kollegen Hirsing zeigt die vielseitige Anwendungsfähigkeit der Fräse als Arbeitsmaschine. Zur Erläuterung dienen Abbildungen der sogenannten Krefelder Fräsformen. Die verschiedenen Konstruktionsmöglichkeiten für Türenfutter behandelt R. Anger an Hand großer Detailzeichnungen. Die Artikelserie über Auszichtische schließt mit der Darstellung eines Tisches mit Mittelfuß. Als eine nicht alltägliche Arbeit wird schließlich ein Ammenstuhl erläutert.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter" erscheint monatlich und kostet für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Zahlstellen vierteljährlich 2,40 Mk., direkt oder durch die Post 3 Mk.

Die neue Reichsverfassung. Ihre Entstehung und ihr Aufbau. Gemeinverständlich erläutert von Max Quarck, Mitvorsitzender des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Preis 1 Mk.

Das Büchlein wird zum Verständnis der Reichsverfassung, die noch viel zu wenig bekannt ist, wesentlich beitragen.

Eichhorn über die Januar-Ereignisse. Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Januar-Ereignissen. Von Emil Eichhorn. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10. 104 Seiten. Preis 2 Mk.

Der Verfasser sagt einleitend, daß seine Schrift weder Geschichte noch Verteidigungsschrift sein soll. In Wirklichkeit macht er aber von dem Recht des Angeklagten weitgehend Gebrauch.

Das Kind, seine Erziehung und seine Pflege. Flugschriften fürs Volk, herausgegeben von Carl Göhze und Hans Much. Unter diesem Sammeltitel erscheint im Verlag von Auer u. Co. in Hamburg eine Reihe von Schriften, die besondere Beachtung verdient. Die erste Broschüre aus dieser Reihe liegt jetzt vor. Sie führt den Titel: Die Kindertuberkulose, ihre Gefahr und Bekämpfung. Von Professor Dr. Hans Much. Es handelt sich hier um ein Thema, das alle Arbeitereltern lebhaft interessieren dürfte. Der Preis der Broschüre beträgt 50 Pf.

Geometrisches Zeichnen. Von A. Schudeisky, akad. Zeichenlehrer an der Oberrealschule in Gleiwitz. Band 568 der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt". Mit Abbildungen. Verlag B. G. Teubner, Leipzig. Preis kart. 1,75 Mk., geb. 2,15 Mk.

Der hohe Wert des Zeichenunterrichts ist unverkennbar, besonders für alle diejenigen, die in kunstgewerblichen Berufen sich betätigen wollen. Aber auch für jeden anderen, der seine geometrischen Schulkenntnisse erweitern will, bietet dieses Bändchen gute Gelegenheit.

Die künstlerische Photographie. Von Dr. W. Warstatt. Zweite Auflage. Band 410 der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt". Preis 1,75 Mk. bzw. 2,15 Mk. Mit Abbildungen, die den Fortschritt der künstlerischen Photographie kennzeichnen. Die drei Abschnitte: Die Geschichte, die Probleme und die Probleme der künstlerischen Photographie führen in die ganze Entwicklung der Photographie ein.

Heinrich Schäfer: **Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten.** A. Markus und E. Webers Verlag, Dr. Albert Ahn in Bonn. Preis 4,80 Mk.

Der Verfasser gibt in dem vorliegenden Buch persönliche Erinnerungen aus den Tagen der Revolution. Da er erst in Köln, dann in Berlin in kritischer Zeit an hervorragender Stelle stand, weiß er manches Interessante zu erzählen.

Kapitän Scott. Letzte Fahrt. Scotts Tagebuch. (Volks- und Jugendausgabe als Band 3 der Sammlung „Reisen und Abenteuer".) 160 Seiten Text mit 25 Abbildungen und 1 Karte. Leipzig, F. A. Brockhaus. Gebunden 5 Mk.

Unter dem Titel „Reisen und Abenteuer" gibt der Verlag F. A. Brockhaus eine Sammlung illustrierter Volks- und Jugendschriften heraus, die sich als gekürzte Ausgaben der früher in diesem Verlag erschienenen großen Reisewerke präsentieren. Im Hinblick auf die ungeheuer gestiegenen Bücherpreise sind diese verhältnismäßig billigen Ausgaben zu begrüßen. Der vorliegende Band enthält die packenden Tagebuchskizzen des Kapitäns Scott, dessen Expedition im Jahre 1911/12 wohl den Südpol erreichte, aber nicht mehr in die Heimat zurückkehrte.

Der Münchener Kalender 1920 der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz in München-Regensburg ist in bekannter künstlerischer Ausführung erschienen. Preis inkl. Porto 2,20 Mk. Es ist seit langen Jahren schon der heraldische Kalender, echt auch in den Farben, wertvoll für jeden, der Motive aus der Wappenkunst beruflich oder zu geschichtlichen Studienzwecken benutzen will. Auch nach der Revolution wird die Wappenkunst zahlreiche Freunde behalten.

Der Kleine Münchener Kalender 1920 aus demselben Verlag (Preis inkl. Porto 60 Pf.) ist als treffliches Taschenbüchlein zu verwenden.

Der Taylorismus als Hilfe in unserer Wirtschaftsnot. Von Edgar Herbst. Anzengruber-Verlag, Wien-Leipzig. Preis 2 Mk.

Die Broschüre, deren Verfasser der Vorsitzende der Forschungsgesellschaft für wissenschaftliche Betriebsführung in Wien ist, bringt manche wertvolle Anregung zu dem gegenwärtig recht aktuellen Thema.

Für Menschheitskultur! Gegen Wirtschaftsanarchie, Umsturz und Spießertum. Von Edgar Herbst. Anzengruber-Verlag, Wien-Leipzig. Preis 2,50 Mk.

Bürger-Räte. Gedanken eines Linksgläubigen. Von Hitmanus. Anzengruber-Verlag, Wien-Leipzig. Preis 1,50 Mk.

Die Betriebsräte. Russische Erfahrungen und Deutsche Erwartungen. Eine Auseinandersetzung von Hans Vogel. Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei, G. m. b. H., Nürnberg. Preis 60 Pf.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

Ersatzkasse. (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.) Hamburg.

Im Oktober sandten Überschüsse ein: Offenbach und Kiel je 500 Mk., Breslau 350, Berlin C 300, Köln 200, Wölpke 100, Markranstädt 97, Schweidnitz 75, Freiburg 60, Weimar 50 Mk. Summa 2232 Mk.

Zuschuß erhielt: Liegnitz 75 Mk.

Jul. Maßmann, Hauptkassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

Invalidenfonds.

Der Vorstand beabsichtigt, auch in diesem Jahr den hilflosen invaliden Mitgliedern, welche mindestens seit einem Vierteljahr ausgesteuert sind, eine Unterstützung zu Weihnachten zukommen zu lassen. Gesuche müssen spätestens bis zum 9. Dezember in unseren Händen sein. Das Gesuch muß enthalten: Angaben, wann der Betreffende ausgesteuert und wie groß die Familie ist, welche von demselben versorgt werden muß, ferner, welche Zuwendungen Betreffender sonst noch zu verzeichnen hat. Nur solche Mitglieder wolle man uns zur Berücksichtigung aufgeben, welche als absolut erwerbsunfähig gelten. Die Gesuche müssen von mindestens drei Verwaltungsmitgliedern unterzeichnet sein.

Der Vorstand. J. A.: G. Blume.

Arbeitslosigkeit im Monat Oktober 1919.

Gau	Zahlstellen haben berichtet	Mitgliederzahl am Schluß des Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte: vom vorigen Monat	Zugang i. diesem Monat	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Monats	Durchreisende am letzten Tage des Monats	Unterstützung haben erhalten: Arbeitslose am Orte: Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Arbeitslose auf der Reise: Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Zahlstellen haben nicht berichtet
Danzig	59	18420	166	99	265	95	—	45	583	1105	88	15	44	54	75	18
Stettin	68	8685	43	75	118	64	—	11	138	256	80	12	36	49	75	7
Breslau	65	17753	69	158	227	89	3	21	414	765	10	19	40	53	—	9
Berlin	110	47996	1599	2871	4470	1492	4	515	8209	18045	65	28	67	89	75	8
Dresden	56	28684	397	259	656	275	—	167	2330	4439	35	18	41	54	75	4
Leipzig	55	35110	685	196	881	521	—	260	3808	6137	95	8	21	28	25	4
Erfurt	98	17512	266	66	332	142	—	70	936	1399	69	4	13	16	75	16
Magdeburg	44	13 76	30	45	75	30	—	19	282	488	95	16	43	56	75	6
Hamburg	66	26017	555	1032	1587	426	1	254	3358	6925	55	51	141	190	25	8
Hannover	54	22164	49	139	188	48	—	44	497	934	30	15	42	56	—	4
Düsseldorf	70	19820	28	85	113	29	3	23	306	563	70	22	47	61	—	12
Frankfurt	54	21575	59	99	158	84	—	37	542	817	65	9	28	34	75	15
Nürnberg	75	18797	369	163	532	436	2	179	3077	5578	05	7	15	19	25	16
München	51	13623	163	78	241	171	2	91	1433	2574	70	14	31	41	50	13
Stuttgart	88	26066	46	43	89	33	—	28	402	648	55	18	52	67	50	18
Hauptkasse	—	343	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oktober 1919	1014	328631	4524	5410	9934	3935	15	1764	26365	50661	37	256	661	874	—	158
September 1919	1076	328106	5641	5945	11586	4690	16	1954	27341	58002	78	368	941	1250	75	67

Von nachstehend verzeichneten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingesandt: Bartenstein, Bergfriede, Bischofswerder, Briesen, Czersk, Dämerau, Hohensalza, Johannisburg, Kolberg, Krojanke, Lötzen, Marggrabowa, Mohrungen, Neustettin, Nikolaiken, Pr.-Holland, Stallupönen, Wartenburg — Demmin, Grevesmühlen, Lassan, Naugard, Ratzebuhr, Schivelbein, Schwerin i. M. — Beuthen, Grottkau, Kattowitz, Lauban, Posen, Ratibor, Schwersenz, Trebnitz, Wernersdorf — Driesen, Finsterwalde, Lehnin, Schneidemühl, Schönlanke, Schwedt, Tirschtiegel, Züllichau — Herrnhut, Mulda, Radeburg, Taubenheim — Brambach, Frankenberg, Münchenbernsdorf, Meuselwitz — Bleicherode, Kelbra, Körner, Meiningen, Mersleben, Delze, Remda, Rottleberode, Salzungen, Schwarza, Steinach, Stutzhaus, Bacha, Viernau, Wasungen, Zella-Mehlis — Alsleben, Calbe, Delitzsch, Oschersleben, Rübeland, Staßfurt — Apenrade, Brake, Lütjenburg, Lügumkloster, Neuenburg, Neustadt, Reinfeld, Varel — Münden, Northeim, Osterode, Soltau — Cleve, Derschlag, Emmerich, Euskirchen, Frielinghausen, Gevelsberg, Goch, Gummersbach, Oeventrop, Rheydt, Viersen, Wald — Alzey, Eberbach, Frankenthal, Homburg, Klingenberg, Kreuznach, Lambrecht, Landau, Limburg, Oberstein, Pirmasens, Schönau, Vilbel, Wiesbaden, Wittlich — Cadolzburg, Eichstätt, Helmbrechts, Kronach, Neustadt a. Aisch, Oettingen, Pegnitz, Redwitz, Schwarzenbach, Selb, Staffelstein, Stockheim, Weißenburg, Weißenstadt, Wernberg, Zapfendorf — Berchtesgaden, Bruckmühl, Erding, Fürstenfeldbruck, Füssen, Garmisch, Holzkirchen, Landshut, Lauingen, Plattling, Reichenhall, Wörth, Zwiesel — Bermatingen, Dornstetten, Hernsbach, Gmünd, Göppingen, Holzgerlingen, Lichtenau, Metzingen, Nagold, Neckarsulm, Radolfzell, Sulzbach a. Kocher, Tuttlingen, Villingen, Wangen, Wiernsheim.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats 1914	1915	1916	1917	1918	1919
September	36263	2103	698	420	406	4690
Oktober	29244	1728	650	440	605	3935

	Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tag 1914	1915	1916	1917	1918	1919
September	27,35	2,71	1,05	0,48	0,42	1,43
Oktober	23,18	2,32	0,96	0,49	0,62	1,20

Gestorbene Mitglieder:

Gera-R. Herm. Bräunlich, Harmonikamacher, 72 J.
Geringswalde. Bruno Brachvogel, Werkmeister. — Franz Kolhe, Stuhlbauer.
Gießübel. Edwin Voigt, Dielenschneider, 53 J.
Nürnberg. Josefa Brenner, Bleistiftarbeiterin, 42 J. — Marg. Eberlein, Bleistiftarbeiterin, 70 J. — Johann Egger, Bleistiftarbeiter, 37 J. — Johannes Baer, Bleistiftarbeiter, 55 J. — Babette Raumer, Bleistiftarbeiterin, 55 J. — Anna Eichenseer, Kammacherin, 87 J.

Ehre ihrem Andenken!

Otto Wiese, Tischler, geb. 26. 1. 98 zu Bocholdt (Schl.-Holst.), wird gebeten, seine Adresse zu senden an Zahlstelle Schwiebus, L. Matuschek, Waisstr. 9. Auch die Kollegen werden darum gebeten.

Kollege Steinbecher, früher in Altensteig, wird ersucht, seine Adresse mitzuteilen an den Gauvorstand in Stuttgart, Holzstr. 16, II. Auch die Zahlstellen-Verwaltungen werden darum gebeten.

Anzeigen der Zahlstellen

Essen-Ruhr. Durch das Ausscheiden des seitherigen Geschäftsführers der hiesigen Zahlstelle infolge der Wahl als Gauvorsteher für den Gau Düsseldorf, ist dieser Posten für unsere Verwaltungsstelle frei geworden und wird hiermit zur sofortigen Besetzung ausgeschrieben. Erfahrene Kollegen mit rednerischer Befähigung, welche sich für diesen Posten geeignet halten, wollen ihre selbstgeschriebene Bewerbung unter Angabe des Alters und ihrer bisherigen Tätigkeit in der modernen Arbeiterbewegung schnellstens einreichen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. Gehaltsregelung nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages. Alle Gesuche sind mit der Aufschrift „Bewerbung" bis zum 6. Dezember 1919 an den Kollegen Karl Borowski, Essen-Ruhr, Annastr. 68, einzureichen.

Zechlin. Die Monatsversammlungen finden jeden ersten Sonnabend im Monat statt. Die Kollegen werden dringend ersucht, vollzählig zu erscheinen.

---

2 tüchtige **Modelltischler** (ledige) stellen ein J. Rohrbach, G. m. b. H., Eisenwerk, Katzhütte (Thür.).

Tüchtige Möbeltischler werden gesucht. Niedersächsische Möbelfabrik, Münder a. Deist.

Tüchtige **Möbeltischler** auf furnierte Möbel von modern eingerichteter Möbelfabrik für dauernd gesucht. — Lohn nach Tarif. Alexander Schwarz, Möbelfabrik, Themar (Thür.).

Tischler auf Möbel nach Zeichnung bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung suchen Werkstätten für angewandte Kunst A. Steiniger & Co., A.-G., Hemelingen bei Bremen.

Gelernte Möbeltischler werden für dauernde Beschäftigung gesucht. Sachsawerke G. m. b. H., Holzbetrieb Herzberg, vorm. H. W. Kiene.

Tischlergesellen auf weiße Möbel, Stundenlohn bis 2,50 Mark, stellt ein Otto Hasse, Freienwalde a. d. Oder.

Zwei tücht. **Möbeltischler** b. hohem Lohn, Kost u. Logis s. A. Keehfuß, Tischlermeister, Hadmersleben, Kr. Wanzleben.

Möbelschreiner sucht der Arbeitsnachweis für die Metallindustrie in Stuttgart, Schmale Straße 11, Zimmer 44.

Tüchtige **Tischler** stellt zum Tariflohn sofort ein Albin Thurm, Kunstmöbel-Werkstätten, Triebes (Reuß).

Möbelschreiner stellt ein Bureaumöbelfabrik Wilh. Plies Nachf., Remscheid.

Mehrere **Tischler** für bessere furnierte Arbeiten, Herren- u. Speisezimmer, und Innenausbau, stellt bei höchstem Tariflohn für dauernd ein Wilh. Harre, Kunstwerkstätten, Holzwickede, Westfalen.

Neue Möbelfabrik sucht zum 1. Dezember **tüchtige Möbelschreiner** für weiße und polierte Arbeit, dauernde Beschäftigung, ferner Polierer, Lackierer, Furnierer sowie tüchtige Maschinenarbeiter. Für Unverheiratete Wohnung in der Fabrik. Trockenwerke Dr. Winkler, Worms a. Rh.

Tücht. **Schreiner** (Kriegsinvaliden) zum Zusammensetzen v. Küchengeräte-Garnituren f. sofort C. Hommel, Holzwarenfbr. u. Sägewerk, Göppingen i. Württbg.

Zwei Möbeltischler für bessere und einfache Arbeiten gesucht. B. Kaeding, Duisburg, Friedr.-Wilhelmstr. 85.

Zwei tücht. **Tischler** auf Möbel bei freier Kost und Logis werden gesucht. Friedrich Nowick, Burg i. Spreewald, Nr. 163.

Einen **Tischlergehilfen** für sofort sucht Paul Schreiner, Tischlermeister, in Treuen im Vogtlande.

Tüchtige **Tischler** für Bau- und Maschinenarbeit bei dauernder Beschäftigung und hohem Lohn sofort gesucht. Carl Hausknecht, Möbelfbr., Sondershausen.

Erfahr. **Tischler** f. furn. Möbel u. Innenausbau in Dauerstellung ges. Gebrüder Jacobs, Möbelfabrik, Elberfeld.

[illegible] für [illegible] und Drechslerei-Werkstätten, nur eingearbeitete, möglichst unverheiratete Leute in Akkord bei gutem Lohn gesucht. Angeb. an Stolze & Berghoff, Schwelm in Westfalen.

Tüchtige **Modelltischler** suchen Hessenkemper & Kemper, Neheim, Ruhr.

Tüchtige Möbelschreiner für erstklassige furnierte Arbeiten finden sofort bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung. Umzugsspesen werden nach drei Monaten vergütet. Ausführliche Zuschriften an A. Riedinger, Ballonfabrik Augsburg, A.-G., Abteilung Möbelbau.

5–6 tüchtige Bau- u. Möbelschreiner werden für dauernde Arbeit gesucht (Tariflohn). Zahlstelle Bad Mergentheim (Württbg.), Karl Hammel, Mauergasse 10.

3 tüchtige Möbeltischler auf furnierte Arbeiten werden für sofort gesucht. Hermann Georgi, Möbelfabrik, Wernigerode am Harz.

Wir suchen **tüchtigen Holzarbeiter,** bewandert in der Bearb. von Leitungsmasten, **als Meister.** F. & H. Wohlfarth, Holzgroßhandlg., Plochingen a. Neckar.

Tüchtige Möbelschreiner für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Evtl. Reise- und Umzugsvergütung. Möbelfabrik Gg. Ehrhardt & Söhne, Darmstadt, Feldbergstraße 36.

Tüchtige **Möbelschreiner,** ein perfekter Fertigmacher und Polierer und einer als Hilfe in der Furnierwerkstatt bei guter Bezahlung sofort ges. Leute nicht unt. 25 Jahren werden bevorz. Lebensverhältn. a. Pl. gut. Hermann & Herr, Möbelfabrik, Triberg, Bad. Schwarzwald.

10 Tischlergesellen, Durchschnittsakkordlohn 2,80 Mark, 1 Maschinenarbeiter stellen noch ein Meyers Erben, Möbelfabrik, Stavenhagen.

3 tüchtige Möbelschreiner für bessere eich. Möbel, **1 Maschinenschreiner, 1 Stuhlbauer** und **1 Zuschneider** zum sofortigen Eintritt gesucht. Möbelfabrik Nollingen, Kreis Waldshut in Baden. (In der Nähe von Basel.)

Tüchtige **Tischler,** nur saub. Arbeiter, f. furn. Möbel stellt ein Trebsener Möbelfabrik, Trebsen (Bezirk Leipzig).

1 Tischler für Bau und furnierte Möbel für dauernd sucht Wilhelm Mehlisch, Tischlerei m. Kraftbetrieb, Hoyerswerda i. Schl.

Tischlergesellen für furnierte Arbeiten stellen ein Tönnies & König, Möbelfabrik, Groitzsch in Sachsen.

Ein tücht. **Bau- und Möbeltischler** findet noch sofort Dauerbeschäftig. b. Herm. Kaiser, Kl.-Räschen, Post: Gr.-Räschen (N.-L.). Tischl. m. Kraftbetr.

Mehrere ältere **Bauschreiner** für sofort oder später auf dauernd gesucht. Wohnung und Logis vorhanden. Stundenlohn nach Tarif 2,30 Mk., bei guten Leistungen 2,60 Mk. Rudolf Rickmeier, Werdohl in Westfalen, Mechanische Schreinerei.

6 Stuhlbauer auf eich. Polsterstühle, Sessel und Holländer Rokokostühle, 2 Kehler, 1 Poliermeister und 4 Polierer für sofort gesucht. Lohn nach Reichstarif für Stuhlfacharbeiter. K. Heinrich Thomas & Söhne, Detmold, Elisabethstraße 50.

Wir suchen zu baldigem Eintritt einen tücht. **Maschinenschreiner,** mit allen Holzbearbeitungsmaschinen vertraut, als Vorarbeiter in Dauerstellung. Umzug wird vergütet. Wohnung vorhanden. Angebote mit Angaben bisheriger Tätigkeit und Lohnansprüchen an Remagener Möbelindustrie Herm. Rolf, G. m. b. H., Remagen a. Rh.

Einen tücht. **Maschinenschreiner,** Stundenlohn 2,80 bis 3 M., für sofort ges. Albert Achtmeyer, Schreinermeister, Vogelsang, Kr. Schwelm, Westfalen.

Ein tücht. **Feinsäger,** ein Zurichter, zwei bis drei Schreiner, zum sof. Eintritt gesucht (für Telephongehäuse und ähnlich.). Schwarzwälder Holzwarenfabrik, Kamitz & Straß, Furtwangen (Schwarzw.).

Schreiner, älterer, zuverlässiger Mann, für dauernde Stellung in Sägewerkbetrieb gesucht. Schriftliche Angebote an Theodor Stade, Sägew., Schmidtheim (Eifel).

Tüchtiger **Facharbeiter** für Absatzkopiermaschinen sofort gesucht. Gräfl. Arco-Zinneberg'sche Holzwerke, Stein an der Traun in Bayern.

Tüchtige Zuschneider sowie Maschinenarbeiter, mit allen Holzbearbeitungsmasch. vertr., stellen f. dauernd sof. ein Loewen & Schützler, Möbelfbr., Glatz.

Tüchtiger **Polierer,** unverheiratet, für sofort und dauernd gesucht. Pianofabrik Philipp, Forst (Lausitz).

Tücht. Beizer und Polierer stellt für dauernd ein Carl Siebert, Möbelfbr., Rastenburg (Ostpr.).

Tüchtige Holzarbeiter
auf Akkordarbeit für meine Karosseriefabrik
sofort gesucht.
Holzdreher, Wagner, Kastenhelfer, Schreiner, Maschinenarbeiter, Hilfsarbeiter als Hobler und Säger für Bearbeitungsmaschinen
Adam Opel, Motorwagenfabrik, Rüsselsheim a. Main.

Tücht. **Beizer und Polierer** für bessere Arbeiten sofort gesucht, Stundenl. 3 Mk. Näheres Zahlstelle Sonderburg auf Alsen, Goethestraße Nr. 12.

Tücht. **Polierer u. Beizer** für sof. geg. hoh. Lohn sucht Otto Burgemeister, Möbelfbr., Bernburg a. Saale.

Für uns. **Fertigmacherei** suchen wir erste Kraft, firm im Beizen, Polier. usw., ferner zwei Möbeltischler u. einen Stuhlbauer. Franz Hennig & Sohn in Dessau.

Einige tücht. **Stockpolierer** finden sof. dauernde Arbeit in einer süddeutschen Stockfabrik. Adolf Marquardt, Stockfabrik, Heilbronn a. Neckar, Austraße 4.

1 Kastengrundierer auf Bilderleisten sucht zum möglichst sofortig. Eintritt bei dauernder Beschäftigung Rahmenfabrik „Inama", München, Türkenstraße 78.

Tüchtiger **Bildereinrahmer** (Rahmenzuschneider und Vergolder) in Dauerstellung für sof. gesucht. Angen. selbst. Arbeitsverhältnisse. Stundenlohn 2,30 bis 2,50 Mk. Eilangeb. an Hans Scheof, Kunsthdlg., Freiburg i. Br., Ringstr. 1.

Farbigmacher f. Bilderleisten, Barockvergolder, Glaser für Bildereinrahmung werden für dauernde Beschäftigung gesucht. Kunstanstalt B. Grosz, Aktiengesellschaft, Leipzig-Reudnitz.

Tüchtige **Ovalrahmen-Vergolder** finden bei hoh. Lohn dauernde Beschäftigung. Rahmenfabrik Helse, Hannover, Ludwigstraße 21.

Meister, der sämtliche in der Spazier- und Schirmstockbranche vorkommenden Arbeiten von Grund aus genau kennt und imstande ist, den Arbeitern durch praktische Mitarbeit die richtige Anleitung zu geben, der außerdem Talent besitzt, neue Muster zu entwerfen, findet sofort bei hoh. Lohn Dauerstellung in einer süddeutschen Stockfabrik. Näh. unt. S. T. 470 durch die Exped. d. Zeitung.

Geübte **Drechsler** zum Drehen u. Polieren von Ovalrahmen finden dauernde Beschäftigung. Kunstanstalt B. Grosz A.-G., Leipzig-R., Ob. Münsterstr.

Ein junger **Pfeifen- und Stockdrechsler,** der sämtliche vorkommenden Arbeiten auf Horn und Holz selbständig, rasch u. pünktlich erledigen kann, findet bei gutem Lohn sofort dauernde Beschäftigung in einer süddeutschen Stockfabrik. Adolf Marquardt, Stockfabrik in Heilbronn a. Neckar, Austraße 4.

Tücht. Kastenmacher u. Kastenhelfer für unseren neuen erweiterten Betrieb gegen hohen Lohn gesucht. Für letztere ist reichlich Gelegenheit zur weiteren Ausbildung vorhanden. Ferner suchen wir eine energische Persönlichkeit, die eventuell die Stelle eines Meisters übernehmen würde. Schubert & Hohgräbe, Magdeburg-Sudenburg, Ambrosiusplatz 4, Karosserie- und Wagenbau.

Stellmacher sucht P. Schmidt, Dessau (Anhalt), Leipziger Straße 39.

Für Mannheim werden 10 bis 15 selbständ. **Kastenmacher** für eine größere Automobilfabrik gesucht. Der tarifliche Mindestlohn beträgt für über 25 Jahre alte Arbeiter 3,40 M. die Stunde. Nur durchaus selbständige Kastenmacher wollen sich mit Zeugnisabschriften an das Städt. Arbeitsamt in Mannheim N. 6. 4, Zimmer 6, wenden.

Tüchtige Kastenmacher
und Helfer per sofort bei hohem Lohn gesucht. Es wollen sich nur durchaus selbständig arbeitende Leute melden. Angebote an
Heinrich Königshausen,
Kraftwagenbau,
Düsseldorf, Talstraße 114.

Korbmacher auf Weidenmöbel f. dauernd werden eingestellt. Stundenlohn 2,— bis 2,50 Mark. Korbmöbelfabrik Herm. Grahl, Werder a. H., Baderstraße 57.

Ein tüchtiger **Bohrer** bei hohem Akkordlohn für dauernde Beschäftigung gesucht. Schabe & Co., Bürstenfabrik, Quakenbrück b. Osnabrück.

Unverheiratet. **Facharbeiter für Holzabsätze** gesucht. Gräfl. Arco-Zinneberg'sche Holzwerke, Stein an der Traun in Bayern.

Bürstenmacher zum Einziehen und Pechen gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung gesucht. Nur Leute mit hohen Leistungen wollen sich melden. C. L. Barthel, Frankfurt a. M.-West.

Schöne Intarsien-Holzeinlagen für Möbel, Schatullen Maxim. Weiß, Leipzig 3.

Otto Bergmann, Berlin SO, Oppelner Str. 31
Schinder, 52 mm Eisenbr., Stck. 2,25 M.
Ziehklingen-Hobel, 70 mm Eisenbr., Stück 7,— M.
Abziehsteine mit Garantie, Ia, Stck. 6,— M.

Holzbildhauerarbeiten
zur laufenden Anfertigung in größeren Quantitäten für eichene Speisezimmer in Heimarbeit bei guter Bezahlung zu vergeben. Umgehende Angebote unter D. U. 460 an die Exp. d. Ztg.

Bildhauerarbeit für feine Stilmöbel laufd. zu vergeben.
Anfragen unter „L. K. 0458" an Rudolf Mosse in Leipzig.

Sportschlitten-Kufen!
Esche, gebogen, prima Ware.

100	120	140	160 cm Holzlänge
10,—	11,75	13,—	15,— Mk. per Paar,

bis 200 cm lieferbar; ab Dresden.
Max Walther, Dresden 22
Rehefelder Straße 51 :: Fernsprecher 28767.

Ia Mattine, konz.
zum Verdünnen mit Spiritus p. Ltr. 18 Mk.
Dekorationslack u. Möbellack
(Oellack, hell) . . . . . . p. kg 18 Mk.
Polleröl, goldgelb . . . . . . p. Ltr. 6,50 Mk.
Spiritus-Copallack, hell
(Friedensqualität) . . . . p. kg 21 Mk.
Probekannen v. 5 u. 2½ kg bzw. Ltr. Inhalt geg. Nachn.
Chemische Fabrik **Rud. Oehlke, Berlin SO 116,** Lübbenerstrasse 1. Telephon: Moritzpl. 1709.

Ziehklingen-Hobel tausendfach bewährt,
St. 7,75 Mk., 6-St.-Postpaket 45,00 Mk. Schinder: St. 2,75 Mk., Dutzend 24,00 Mk. Ziehklingen Ia. Stahl (Sägeblatt) in allen Breiten liefert
Max Walther, Dresden 22, Rehefelder Straße 51.
Alle Sendungen von 6 Stück an franko!
: : : Verpackung wird nicht berechnet. : : :

Patent »Broschüre über »Selbst-Anmeldung« gratis von K. Berbig, Hannover, Reitwallstraße 6 A.

Leim- und Furnieröfen
fertigen als Spezialität, Prospekt gratis,
Gebr. Oettinger, Freiburg i. B. 1.

Alles zur Laubsägerei
Kerbschnitt, Holzbrand, liefert billigst
J. L. HAHN, Maxdorf 11 L d. Pfalz
Postscheck-Konto: Ludwigshafen a. Rh. 1999
Katalog liefere für 80 Pf. franko.

Tischlerfachschule Ilmenau i. Thür.
Ausbildung schnell und gründlich!
Auskunft erteilt gern die Direktion.

Kunstgew. Tischler-Fachschule Cöthen
Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule.
Spezialkurse für alle Betriebsbeamten.
Programm kostenlos durch die Direktion.

TECHNISCHE AUSBILDUNG
ohne Berufsunterbrechung ermöglicht die
Tischler-Fachschule Detmold
durch ihre neueingerichteten Abendkurse
— Arbeitsgelegenheiten sind vorhanden —
Auskunft erteilt DIE DIREKTION

Tischlerschule Blankenburg (Harz)
Ausbildung als Kalkulator, Werkmeister und Zeichner — Meisterprüfung
Programm frei Dir. REINEKING

Soeben erschien:
Almanach
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
für das Jahr 1920
Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. 21. Jahrgang
Preis pro Exemplar 2,50 Mk.
Vorzugspreis für die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes 2 Mk.
Bestellungen sind an die Zahlstellenverwaltungen zu richten.
Verlagsanstalt
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
G. m. b. H.,
Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 16.